



Politische Berichte

Nummer 12 / 11. Jahrgang

8. Juni 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Kongreß Radikale Linke in Köln * Türkei: Widerstand gegen Dekret Nr. 413 * Freiburg: Marktfreiheit und Mietwucher * Armut in Stuttgart * DKP- und PDS-Dokumente zum DDR-Anschluß und den kommenden Wahlen

Vorbereitungen auf den „Anschluß“

PDS- und Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt / Teuerung durch „freie Preise“ ab 1. Juli

Die Ergänzungswünsche der SPD zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Staatsvertrag mit der DDR haben Kohl nicht behindert. Im Gegenteil: Die erste Forderung der SPD, die Enteignung der früheren „Blockparteien“ in der DDR, wird bereits vollstreckt. Am 31.5. beschloß die

Eine von der Regierung eingesetzte Kommission verwaltet jetzt treuhändisch alles Vermögen der PDS, des Gewerkschaftsbundes FDGB und anderer Organisationen, u.a. der „deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft“. Die „Frankfurter Rundschau“ vom 1.6. wies sogleich auf die angeblichen „West-Gesellschaften“ der früheren SED hin, denen nun auch nachgegangen werde. Offenbar ist eine „gesamtdeutsche“ Fahndung geplant. Die Befugnisse der Kommission sind weitreichend: Sie darf Zeugen vernehmen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen anordnen. Die unter Aufsicht gestellten Parteien dürfen Vermögensentscheidungen nur noch im Einvernehmen mit der Kommission treffen.

Der Beschuß der DDR-Volkskammer, der am Morgen des 31.5. eingegangen

DDR-Volkskammer eine Änderung des Parteiengesetzes und stellte das Vermögen von PDS, FDGB, FDJ und anderen Organisationen unter staatliche Zwangsaufsicht. Zwei Tage später, am 2. Juni demonstrierten 60000 in Berlin, aufgerufen von der PDS, gegen das Enteignungsgesetz.

brachte und noch am gleichen Tag in einem putschartigen Eilverfahren von CDU, DA, DSU, SPD und Liberalen mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet worden war, eröffnet einen neuen Abschnitt in der Verfolgung von sozialistischen und linken Organisationen in der DDR. Unter dem anhaltenden Druck aus Bonn und der westdeutschen Konzerne geht die DDR-Regierung dazu über, den sozialistischen Arbeiterorganisationen des Landes alle Räume und Gebäude für Erholung und Bildung, für Versammlungen etc. sowie alle Druckmaschinen und Propagandamittel zu rauben. Auch die Bauernpartei scheint ein Opfer des Regierungsbeschlusses. Einen Tag vor dem Beschuß der Volkskammer hatte bereits die DDR-Ministerin für Jugend und Sport, Cordula Schubert (CDU), das Vermögen der FDJ eingezogen. Die

FDJ hat nach eigenen Angaben noch über 20000 Mitglieder.

Wie schon in den 50er Jahren beim KPD-Verbot will sich die SPD bei der Verfolgung der PDS besonders hervortun. Während SPD-Chef Vogel in Bonn die Beschlagnahmebeschlüsse als einen Erfolg der SPD-Ergänzungswünsche zum Staatsvertrag wertete, kündigte der Fraktionsvorsitzende der DDR-SPD Schröder an, auch bei den Gewerkschaftsvermögen seien „krumme Dinger“ geschehen — ein klares Signal, daß die SPD auch im gewerkschaftlichen Bereich auf die Ausschaltung von PDS-Funktionären und der PDS nahestehenden Funktionären drängen wird. Währenddessen wird die DDR-Polizei von Experten reorganisiert: Nach dem früheren baden-württembergischen Polizeichef Stümper ist auch Ex-BKA-Chef Boge zum Berater von DDR-Innenminister Dietel ernannt.

Für andere Blockparteien ist eine Lösung schon gefunden: Die DDR-Liberale werden am 29.9. (FDP-Bundesparteitag in Nürnberg), CDU und DA am 30.9. bis 3.10. (CDU-Parteitag in Hamburg) mit den BRD-Parteien zu großdeutschen Parteien fusionieren und damit der Kontrolle westdeutscher Konzern und Parteien unterstellt.

Während so die Verfolgung von Arbeiterorganisationen und linken Kräften zügig voranschreitet, wird schon ein weiterer westdeutscher Experte für die DDR reisefertig gemacht: Ex-Wirtschaftsminister Friderichs, AEG-„Sanierer“, dann im Vorstand der Dresdner Bank, danach „Coop-Sanierer“, soll laut Meldung von „Bild“ vom 1.6. zum Vorsitzenden der „Treuhandanstalt“ in Berlin bestellt werden, die die Vermögen der VEBs und Kombinate der DDR verwaltet und kontrolliert. Seine Aufgabe werde nun die Privatisierung der DDR-Betriebe sein.

Schon einen Tag vor der Beschlagnahme der PDS- und FDGB-Vermögen hatte die DDR-Volkskammer einen weiteren Ausführungsbeschuß zum Staatsvertrag verabschiedet. Danach wird zum 1. Juli jede Preisbindung und Preissubvention in der DDR, ausgenommen öffentliche Tarife und Mieten, abgeschafft. Die Preise für zahlreiche Grundnahrungsmittel wie z.B. Kartoffeln, Brot usw. werden sich damit in der DDR mit Inkrafttreten der Währungsunion schlagartig verfünfachen. — (rül)

DDR: 60000 gegen PDS-Enteignung



60000 Menschen protestierten am 2. Juni in Berlin (DDR) gegen die von der Volkskammer beschlossene Enteignung der PDS und anderer Organisationen. Der PDS-Vorsitzende Gysi verurteilte den Volkskammerbeschuß als „Handstreich“. Der Schriftsteller Stephan Hermlin rief dazu auf, nicht zu schwiegen, wenn der Versuch unternommen werde, die PDS zu liquidieren. Ein Sprecher des Neuen Forums versicherte: „Gegen die Zerstückelung der demokratischen Kräfte werden wir mit allen Linken zusammengehen.“ Auch der Volkskammer-Vizepräsident Ullmann von „Demokratie jetzt“ verurteilte den Volkskammer-Beschluß. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Leitender Kriminaldirektor des BKA hetzt vor Journalisten

„In Stuttgart und Umgebung: Starkes Umfeld für die RAF“, „Bundeskriminalamt: Raum München attraktiv für Terroristen“ — die erste Überschrift war zu finden in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Mai, die zweite in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Juni. Veranlaßt hat sie in beiden Fällen Jürgen Hessel, leitender Kriminaldirektor, zuständig für Terrorismusbekämpfung beim Bundeskriminalamt, Wiesbaden, der verschiedenen auf Pressekonferenzen ein erneutes Attentat der RAF beschwört: „... kommt mit tödlicher Sicherheit“. Der jeweilige Ort, so erzählt er, sei „für RAF-Terroristen besonders attraktiv“, und jeweils nur wenig variiert erwähnt der BKAler am Ort aufgewachsene RAF-Mitglieder, besonders attraktive Ziele, wegen Tourismus viele Untertauchmöglichkeiten sowie ein „starkes, engagiertes und zur Gewalt bereites Umfeld“ („Hinweise aus der Bevölkerung nimmt jede ...“). Zum Anlaß für die Verbreitung seines „Lageberichts“ sagt Hessel: „Das BKA wolle gerade in vermeintlich ruhigen Zeiten zwischen spektakulären Anschlägen der RAF die Öffentlichkeit wachhalten“

und mit einem verschärften Blick versehnen.“ Beim Werbefeldzug für die Existenzberechtigung seiner weitgehend verdeckt tätigen und öffentlicher Kontrolle entzogenen Behörde scheut der leitende BKAler auch nicht die provokanten Untertöne: Die „Süddeutsche Zeitung“ zitiert: „Hessel erwarte, daß es zu weiteren Gewalttaten der RAF kommt, da die Organisation nicht ohne eine Erklärung etwa an ihre Sympathisanten wegtauche.“ — (alk)

Tarifabschluß für Zeitungsjournalisten

Nach einer großen Beteiligung an den Warnstreiks unter den Beschäftigten in Redaktionen konnten die IG Medien und der DJV mit dem BDZV einen Ausbildungstarifvertrag für Volontäre durchsetzen, der eine zweijährige Ausbildung absichert und ein Mindestverhältnis von ausgebildeten und in Ausbildung befindlichen Journalisten/Journalistinnen von vier zu eins feststellt. Die Wochenarbeitszeit soll bis 1998 stufenweise auf 35 Stunden verkürzt werden. Gleichzeitig wurde eine Überstundenregelung vereinbart, nach der Überstunden möglichst innerhalb von zwei Wochen als Freistunden und spätestens binnen zwei



Knapp zwei Jahre nach der erstmaligen Entsendung einer BRD-Marineeinheit ins Mittelmeer (Bild) parallel zur „Golf-Intervention“ britischer, französischer und anderer Marine-Verbände machte nun erstmals ein BRD-Zerstörer in Israel fest. Vom 4. bis 8.6. besuchte die „Bayern“ den Hafen Haifa — für das zionistische Regime, das wegen seiner Massaker an Palästinensern gerade unter starkem internationalen Druck steht, eine willkommene Bündnis-Demonstration.

US-Sowjetischer Gipfel

Tauziehen um US-Einfluß auf SU-Politik nicht ganz erfolgreich

Sonntagvormittag (3. Juni) ging der Staatsbesuch des Sowjetpräsidenten Gorbatschow mit US-Präsident Bush mit einer gemeinsamen Pressekonferenz zu Ende. Beide erklärten länglich, wie sie sich persönlich näher gekommen sind und wie wichtig das sei. Man wolle sich von nun an regelmäßig zu Arbeitstreffen mindestens einmal im Jahr zusammensetzen. Gorbatschow lädt Bush in die Sowjetunion ein. Die Aufzählung der verschiedenen Abkommen und Übereinkünfte rundet das Treffen offiziell ab. Auch mußte gesagt werden, daß man weiterhin übereinstimmt, in verschiedenen Fragen nicht übereinzustimmen.

Zwei Themen beherrschten die Presse: Überraschung über die Unterzeichnung eines Handelsabkommen zwischen USA und Sowjetunion, das der Sowjetunion den sog. MFN-Status (Most Favoured Nation = meist begünstigter Handelspartner) zusichert, und die Frage des NATO-Beitritts eines wiedervereinigten Deutschlands. Letzteres war vom Großteil der Presse vorab als zentraler Punkt des Gipfels gesetzt worden.

Überraschung über das Handelsabkommen deshalb, weil der US-Kongress und die Presse bestimmte Bedingungen nicht erfüllt fanden. Ein US-Diktat über die Entlassung Litauens aus der Sowjetunion war erwartet worden oder kein Handelsabkommen. Jetzt ist das Abkommen abhängig gemacht von der Verabschiedung eines Auswandergesetzes in der Sowjetunion. Und was ist mit der baltischen Frage, kläffen die Presseleute. Diese Probleme werden wir zu

gegebener Zeit behandeln, ist alles, was der US-Präsident darauf sagen kann. Ohne faßbares Ergebnis verließen die Gespräche über den NATO-Beitritt eines wiedervereinigten Deutschland bzw. einer Zustimmung der Sowjetunion dazu. Das Tauziehen, wie das zu bewestilligen sei, spielte sich sichtbar lediglich in der Presse ab. Präsident Gorbatschows Verhandlungsposition sei eine Position der Schwäche wegen der Situation in der Sowjetunion. Zugespitzt wurde das auf die Voraussage, wahrscheinlich sei es sowieso das letzte Mal, daß man Gorbatschow als Präsidenten der Sowjetunion hier sähe. Von dieser Einschätzung aus versuchte die Presse, die NATO-Deutschland-Frage als das zentrale Thema herauszustellen, um damit wohl Druck auf den US-Präsidenten zu erzeugen. Aber auch Gorbatschow versuchte schon bei seiner Ankunft in Kanada, die NATO-Deutschland-Frage in den Vordergrund zu rücken. Die Washington Post ließ verlauten, dem Weißen Haus sei das aber gar nicht recht, und die Unterzeichnung der vorbereiteten Abkommen über Atomwaffen, chemische Waffen, die verschiedenen Handelsabkommen sei im Vordergrund. Aus den Schlagzeilen dieser Zeitung verschwand dann das Wort „Germany“, während New York Times und die in den ganzen USA verbreiteten US-News-Today weiterhin die „Annäherung“ in der Deutschland-Frage sehen wollen. Das hat sich dann aber auf der gemeinsamen Abschlußklausur nicht bestätigt. — (her, ger)

Der Hungerstreik der spanischen politischen Gefangenen geht weiter

Am 24. Mai 1990 ist Jose Manuel Sevilano Martins am 177. Tag des Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) für ihre Wiederzusammenlegung gestorben. 45 Gefangene sind weiterhin im Streik. Den meisten von ihnen geht es sehr schlecht. Etwa zehn werden gegenwärtig zwangsunternährt. Nach dem Tod von Jose Manuel gab es in Madrid, Sevilla und vor allem in vielen baskischen Städten Protestdemonstrationen und -kundgebungen. Dabei kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Justizminister Mújica bekräftigte noch einmal die harte Haltung der Regierung. Er machte die Gefangenen und ihre „Komplizen“ draußen für den Tod des Genossen verantwortlich. Die linksliberale Presse berichtet inzwischen eher kritisch über die Haltung der Regierung. Am 8. Juni 1990 soll in Madrid eine Demonstration zur Zusammenlegung stattfinden, zu der erstmals seit längerem wieder mehrere Gruppen und Parteien aufgerufen haben. Die Gefangenen haben klargestellt, daß sie ihren Streik nicht vor Erfüllung ihrer Forderungen beenden werden. — (mob)

Aktuell in Bonn**Gegen Türkeihilfe**

Die Fraktion der Grünen hat einen Antrag im Bundestag eingebracht, der verlangt, „jegliche NATO-Verteidigungshilfe und Rüstungsonderhilfe an die Türkei einzustellen, jegliche allgemeine und besondere polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfe für die türkische Polizei einzustellen“, keine türkischen Polizisten mehr in der BRD auszubilden und bundesdeutschen Firmen „die Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern jeder Art in die Türkei zu untersagen“. Begründung: Die türkische Regierung führt Krieg gegen die eigene Bevölkerung, „insbesondere gegen die Kurden und andere Minderheiten.“ (Bt-Drucks. II/7155)

„Sicherheit“

Am 31.5. wurden im Bundestag in dritter Lesung die neuen Sicherheitsgesetze verabschiedet, die die Arbeit der Geheimdienste Verfassungsschutz, MAD und BND sowie den Datenschutz regeln. Letzteres, weil das Verfassungsgericht 1983 bei der Zurückweisung des ursprünglichen Volkszählungsgesetzes die Wahrung der „informationellen Selbstbestimmung“ gefordert hatte. Innenminister Schäuble (CDU) sagte in der Debatte, dieses dürfe nicht „schrankenlos“ sein. Der Antrag der Grünen, den Verfassungsschutz abzuschaffen, wurde abgelehnt. Die FDP gab ihre Vorbehalte auf, obwohl Hirsch (FDP) sagte, der Verfassungsschutz sei eine „Frucht des Kalten Krieges“. Die SPD deutete an, eventuell durch ihre Bundesratsmehrheit Änderungen über den Vermittlungsausschuss zu erreichen.

Wie kontrollieren?

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) wurde 1978 zur Kontrolle der Arbeit der Geheimdienste gegründet. Im Februar 1990 verließ der SPD-Politiker Jahn das Gremium aus „Protest gegen die Mißachtung der parlamentarischen Rechte durch die Bundesregierung“. Wegen Informationsmangel sei keine Kontrolle der Geheimdienste möglich. Am 31. Mai wurde der SPD-Abgeordnete de Witz mit den Stimmen seiner Partei und der Koalitionsparteien hineingewählt. Erneut wurde ein Antrag der Grünen, in der PKK vertreten zu sein, abgelehnt.

Schengener Abkommen

Die Bundesregierung ist bereit, das seit dem Kurs auf den Anschluß der DDR umstrittene Zusatzabkommen zum sogenannten Schengener Abkommen (mit Frankreich und den Benelux-Staaten) noch im Juni zu unterzeichnen. Es beinhaltet Wegfall der Grenzkontrollen und mit dem Zusatzabkommen zugleich eine Verschärfung der Zusammenarbeit gegen politische Flüchtlinge und Gefangene und allgemein in der „Sicherheitspolitik“. Nach der Ratifizierung, die in

anderthalb Jahren abgeschlossen sein soll, soll die heutige DDR dem „Schenken-Raum“ angehören. Während mit der CSFR visumfreier Verkehr vereinbart werden soll, wird die Regierung dieses Staates von der BRD dazu gedrängt, gegen türkische Durchreisende wie Österreich härter vorzugehen.

§ 218, „Übergang“

Der Justizminister Engelhard (FDP) hat sich am 30. Mai dafür ausgesprochen, in der Frage der Abtreibungsgesetzgebung eine Übergangsregelung zur strafrechtlichen Verfolgung von Frauen aus der BRD, die in der DDR ohne Indiziationsausstellung abtreiben, in einem zweiten Staatsvertrag zu vereinbaren, wobei bis zum Anschluß die Fristenlösung in der DDR vorerst bestehen bleibt, während in der BRD der § 218 bleibt, wie er ist. Nach dem Anschluß der DDR käme die Fristenregelung wegen der Entscheidung des BRD-Verfassungsgerichts von 1975 nicht in Frage, auch nicht in Zusammenhang mit ausgeweiterter Beratung „bis hin zur Beratungspflicht“.

Westberlin: SU-Protest

Die Sowjetunion hat gegen die geplante Direktwahl der Westberliner Bundestagsabgeordneten protestiert. Die Presseagentur Nowosti veröffentlichte am 30.5. einen Kommentar, der verlangt, die Westberliner Abgeordneten dürften kein Stimmrecht im Bundestag bekommen: „weil das einen offenen Bruch der von den drei Westmächten in der Anlage II zum Viermächteabkommen vom 3. September 1971 übernommenen Verpflichtungen bedeuten würde.“

Mehr Wohngeld für mehr Mieten

Am 31. Mai hat der Bundestag eine erneute Anhebung des Wohngeldes beschlossen. Die Anhebung um 14 % auf durchschnittlich 170 Mark tritt zum 1. Oktober in Kraft. Gleichzeitig soll das Mietniveau von 650 Gemeinden einzeln ausgewiesen werden. Dadurch sollen höhere Mieten in etwa 220 Gemeinden auch zu höheren Wohngeldansprüchen führen. Die Regierungskoalition erhofft sich davon kurz vor den Bundestagswahlen eine Dämpfung der weitverbreiteten Empörung über die Mietsteigerungen durch Haus- und Grundbesitzer.

Was kommt demnächst?

Am 12. Juni beraten SPD und Regierung zum letzten Mal über den Staatsvertrag und Ergänzungswünsche der SPD. Am 16. Juni findet in Bonn die bundesweite Demonstration gegen den § 218 statt. Am 20. Juni berät der Ausschuß „Deutsche Einheit“ des Bundestags letztmalig über den Staatsvertrag. Am 21. Juni soll der Vertrag im Bundestag, am 22. Juni im Bundesrat verabschiedet werden. Am gleichen Tag berät der Bundesrat auch abschließend die Geheimdienstgesetze der Regierung. Am 1. Juli soll die Währungsunion mit der DDR in Kraft treten.

DGB-Kongreß für zügige deutsche Einheit**Satzungsänderung ermöglicht annektionistische Politik gegenüber DDR-Gewerkschaften**

Als glücklichen Umstand bezeichnete es der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe, daß ausgerechnet in diesem Frühjahr ein DGB-Bundeskongreß stattfinde. In der Tat, eine bessere Gelegenheit für den beabsichtigten Kurswechsel konnte es nicht geben. Und er gelang ohne nennenswerten Widerstand, weil die Zusammensetzung der Delegierten im wesentlichen aus haupt- und ehrenamtlichen Funktionären bestand.

Worin besteht nun dieser Kurswechsel? Er besteht in der Änderung einer Politik der Anerkennung der Nachkriegsordnung (so hatte der DGB z.B. die Wiedervereinigung gestrichen) hin zu einer — nicht nur passiven — Duldung der revisionistischen Politik der Bundesregierung.

Im Vorfeld des DGB-Kongresses wurde in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt, als sei der DGB gegen den kurz zuvor unterschriebenen Staatsvertrag. Zwar haben DGB und Sprecher der DDR-Gewerkschaften eine umfassende Stellungnahme abgegeben (s. dazu Politische Berichte II/90), zu wesentlichen Punkten sich aber um eine klare Aussage gedrückt. Dies betrifft die Fragen der Fristenlösung und des kommunalen Ausländerwahlrechts, aber vor allem betrifft es die Frage des An-

schlusses nach Artikel 23 GG. War es schon relativ unwahrscheinlich, daß die öffentlich geführte Diskussion zu diesen Themen am DGB vorbeigehen könnte, so wurde im Verlauf des Kongresses klar, daß Absicht dahinter steckte. Es bleibt festzuhalten: der DGB wird einer Einverleibung der DDR nach Artikel 23 keinen Widerstand entgegensetzen. Im Gegenteil. Am deutlichsten kommt diese Position im Initiativantrag 6 zum Ausdruck. Dort heißt es: „Für die Struktur und das Verfahren der Vereinigung Deutschlands stellen die Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes keine sich ausschließenden Alternativen dar. Beide Wege sind vereinbar, beide Wege müssen verknüpft werden. Die Anwendung des Artikels 23 ermöglicht den schnellen Weg zur Einigung, was dem Wunsch der DDR-Bevölkerung Rechnung trägt. Der Weg einer Vereinigung über Artikel 23 verdeutlicht zugleich den Respekt vor der Qualität des Grundgesetzes ... Der Weg des Artikels 23 schließt jedoch gleichzeitig auch länger andauernde Übergangsregelungen und Anpassungsfristen ebenso wie begründete, notwendige und gewünschte Änderungen gegenüber dem Grundgesetz in einer neuen Verfassung ... Der Bundeskongreß hält es für erforderlich, die Verfassung des vereinigten Deutschlands in einem Volksentscheid zur Abstimmung zu stellen ... Das Volk muß am Prozeß der Vereinigung an der Beendigung der Teilung unmittelbar beteiligt werden. Die Vollendung der staatlichen Einheit ist auch Ausgangspunkt einer auf Dauer angelegten politischen Ordnung.“ Eine Diskussion um den Artikel 23 wollte der DGB nicht haben (Wulf-Mathies: „Ich denke, wir sollten den Streit um Art. 23 oder Art. 146 lassen“), obwohl die völkerrechtliche Problematik angesprochen wurde.

Was die Bundesregierung mit dem Staatsvertrag verfolgt, betreffen der DGB und seine Einzelgewerkschaften gegenüber den DDR-Gewerkschaften: Einverleibung. Nachdem man auf fragwürdige Weise die Auflösung des FDGB erfolgreich betrieben hatte, wurde der Weg der Gründung von (größtenteils) gleichnamigen DDR-Gewerkschaften eingeschlagen, um zu gegebener Zeit zu einem Zusammenschluß zu kommen. Noch während des DGB-Kongresses haben jetzt IG-Metall und ÖTV beschlossen, Mitglieder einzeln aufzunehmen. Stützen konnten sie sich dabei auf die Änderung der DGB-Satzung, die darin besteht, daß eine staatliche Zuordnung als Voraussetzung einer Mitgliedschaft im DGB entfällt. Folglich kann jede Gewerkschaft, die sich zu den Grundsätzen der Einheitsgewerkschaft bekennt, einen Antrag auf Aufnahme stellen. Da ja aber die DDR-Gewerkschaften durch das praktizierte Aufsaugen der Mitglieder gar nicht in diese Situation kommen werden, muß man befürchten, daß mit dieser Satzungsänderung auch das weiter östliche Ausland gemeint ist. Bietet sich der DGB doch schon jetzt an, zusammen mit IBFG und EGB „die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost- und Mitteleuropa gegenüber den eigenen Regierungen und vor den internationalen Foren zu Gehör zu bringen“ (Initiativantrag 2).

Angesichts der mittlerweile nicht nur von DDR-Gewerkschaften erwarteten heftigen sozialen Auseinandersetzungen als Folge der Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion muß diese Politik als verhängnisvoll bezeichnet werden. Sie spaltet und schwächt sowohl die DDR-Gewerkschaften als auch die Gewerkschaften hier. Auf dem DGB-Kongreß konnte sich der Widerstand, bedingt durch die o.g. Umstände als auch durch das putschartig zu nennende Vorgehen mittels Initiativträgen, nicht formieren. Ganz wenige Stimmen gab es gegen diese Politik. Es bleibt zu hoffen, daß sich in den Einzelgewerkschaften anlässlich der Umsetzung die Kritik artikulieren wird. Quellen: Protokoll und Anträge des DGB-Kongresses. — (har)



Der politische Kurswechsel kommt auch in der Wahl von Meyer und Fink in den neuen DGB-Vorstand zum Ausdruck.

Polizei erhält eigene Ermittlungsbefugnis**„Verdeckte Ermittler“ gegen Drogenhändler bringen eine neue Polizeiqualität**

Am 11. Mai beschloß der Bundesrat auf Grundlage eines von Bayern eingebrochenen Entwurfs einen Gesetzentwurf zur „Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität“. Dieser enthält

zwei wesentliche Änderungen: die Ausdehnung der Strafverfolgung nach § 129 (kriminelle Vereinigung) auf Drogendelikte und den Einsatz „verdeckter Ermittler“.

Der Gesetzentwurf wird von den SPD-Ländern mit getragen. (1) Absehbar ist, daß auch die FDP diesem Gesetz zustimmen wird, denn sie hat am 9. Mai in einem Grundsatzpapier ihre bisherige Ablehnung gegen verdeckte Ermittler, gegen den Einsatz von verdeckten Lauschgeräten und ähnliche Ermittlungsmethoden aufgegeben.

Tatsächlich erhält die Polizei bundesweit durch die verschiedenen Gesetze zum Staatsschutz und zur Bekämpfung von Drogenkriminalität eine neue Aufgabenstellung und eine neue Funktion.

Im bisherigen Rechtsverständnis in der BRD hat die Polizei im wesentlichen zwei Aufgaben: die Gefahrenabwehr — zu diesem Zweck soll die Polizei z.B. Streife fahren oder gehen, den Verkehr regeln usw. Zum anderen sind die Polizisten nach Gerichtsverfassungsgesetz „Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft“, d.h. sie sollen die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen unterstützen. Eigene polizeiliche Ermittlungen ohne gerichtlichen Auftrag sollten nur äußerst beschränkt zu Beginn eines Verfahrens möglich sein. Grundlage für diese Poli-

zeiaufträge ist, daß Polizei und Justiz zunächst von der Unschuld und nicht von Schuld der Einwohner und Einwohnerinnen auszugehen haben. Das unterscheidet sie z.B. auch vom faschistischen Gewalt- und Spitzelapparat und soll willkürlicher Verfolgung vorbeugen. V-Leute und verdeckte Ermittler setzen aber voraus, daß man einen ganzen Kreis von Leuten zunächst einmal für schuldig hält, bevor Beweise dafür vorhanden sind.

Mit dem Einsatz von V-Leuten und Staatsbeamten als „verdeckten Ermittlern“ erhält die Polizei einen weitaus größeren Befugnisbereich, als sie zuvor hatte. Die FPD erklärt, künftig sollten Staatsanwaltschaft und Polizei „Partner bei der Bekämpfung von Verbrechen und Kriminalität“ (2) sein. Damit will die FDP die strikte Unterordnung der Exekutive unter die Justiz beseitigen, ein Grundsatz, den CDU und CSU seit längerem aus dem geltenden Recht zu beseitigen suchen. Zur Begründung führt die FDP unter anderem an:

„Die neue Qualität der Kriminalität erfordert auch eine neue Qualität der Po-

Waffenexportregelung verfeinert**Kapitalinteressen werden durch die Export-Praxis deutlich**

Am 1.6.90 wurden Änderungen zum Außenhandelswirtschaftsgesetz beschlossen. Wesentliche Änderungen:

Das Ministerium für Wirtschaft entscheidet zukünftig über die Aufhebung der organisierten Kriminalität ist der Einsatz von V-Leuten und Verdeckten Ermittlern geboten. Letztere dürfen keine Straftaten begehen. Ihr Einsatz darf nur auf der Grundlage klarer und präziser Gesetze und sonstiger Rechtsvorschriften erfolgen. (2)

Die „neue Qualität“ der Kriminalität ist eine Fiktion, die herhalten soll zur Verfolgung von vielen, zur Dauerbeispiegelung von Leuten und „Täterumgebungen“ — zunächst ausdrücklich beschränkt auf die Verfolgung von Rauschgifthändlern, -konsumenten und Leuten in deren Umkreis. Eine „neue Qualität“ findet sich tatsächlich vor allem in der Umfunktionierung der Polizei, die im Inneren und im Rahmen der EG auch international eine eigenständige Aufgabe als Ermittlungs-, Strafverfolgungs- und — weil der verdeckte Ermittler nicht strafrechtlich belastbar ist — auch als Strafvereitelungsbehörde erhält.

(1) FAZ vom 10. und 11. Mai 1990: Bundesrats-Drucksache 74/90; (2) Polizei im Rechtsstaat, Grundsatzpapier der FDP — (uld)

Zeitraum für 399 Mio. DM störte nach der Rechtsauffassung nicht das „friedliche Zusammenleben der Völker“.

Im Mai 1990 wurde ein Peruaner vom Schleswiger OLG zu drei Jahren Haft verurteilt. Er hatte in den Jahren 1982 bis 1989 ca. 10.000 Kopien über U-Bootkonstruktionen, die HDW in den Jahren 1972 bis 1983 für Peru gebaut hatte, der Sowjetunion übergeben und dafür 385.000 DM erhalten. Die Staatsanwaltschaft hatte auf Milde plädiert, da die Unterlagen total veraltet seien und somit wieso nicht danach gebaut werden könnten.

HDW und IKL haben bekanntlich von Südafrika über 40 Mio. DM für die Blaupausen erhalten. Ca. 1.7 Mio. DM Schmiergelder sollen gezahlt worden sein und „Provisionen von 4.7 bis zu 138.5 Mio. Mark.“ Die gleichen U-Boote, wie sie Südafrika nach den Plänen bauen kann, sind an Indien vom HDW geliefert worden. Der indische Krieg gegen Sri Lanka bzw. gegen das Tamilische Volk und der Krieg des südafrikanischen Rassistenregimes stört also auch nicht das „friedliche Zusammenleben der Völker“.

Quellen: Bundesdrucksachen II 4236 II 7178 bis II 7180, II 7218; SPD-Information „Heißer Draht“ 1-4-90 — (uld)



Fotos: B. Maus

Außer Spesen . . . ? Der Radikale-Linke-Kongreß in Köln

Bericht aus der „SoZ“ zum Diskussionskongreß der Radikalen Linken am 1. bis 3. Juli

Daß außer Spesen nichts gewesen sei, dürfte der unmittelbare Eindruck mancher Menschen sein, die an dem Radikale-Linke-Kongreß vom 1. bis 3. Juni in Köln teilnahmen. Und als Mitglied der VSP (mit kontroversen Einschätzungen der Radikale Linken, siehe letzte „SoZ“) und gleichzeitiges Mitglied der Vorbereitungskommission des Kongresses, fühle ich zwei Seelen in meiner Brust.

Mir bekannte kritische Kommentare beginnen bei den Räumlichkeiten — die Mensa der Kölner Uni war zu eng für die bis zu 1500 Teilnehmenden; die Luft zum Schneiden (Ausfall der Klimaanlage); die „Betten-Börse“ völlig überfordert (obwohl Kölner radikal linke Menschen noch hunderte Schlafplätze

band und teilweise konkretisierte in spezifischen Vorwürfen („Zynismus“). Gefolgt von der Kritik an der zu geringen Bandbreite der Referierenden auf den Podien (die Vorbereitungskommission sah durchaus eine Zusammensetzung mit kontroversen Standpunkten vor; die Absagen erfolgten jedoch alle gerade aus den Bereichen, wo Gegenpositionen vorgesehen waren, etwa Menschen aus dem autonomen Spektrum, von AGISRA, von „wild cat“). Die Kritiken enden in den sehr grundsätzlichen Kritiken, die Feministinnen einerseits und Immigrantinnen und Immigranten andererseits vorbrachten.

Der Vorbereitungskommissions-Mensch holt Luft, sagt „Oh!“, und:

meyer — der erste und letztgenannte am Ende der Veranstaltung — wird mit höchster Konzentration zugehört. Die Zusammensetzung des Kongresses entsprach nicht den pessimistischen Erwartungen, es werde ein Treff der APO-Großväterchen und -mütterchen, ein nostalgisches Kränzchen abgeschafft. „68er“ geben: Die Mehrheit der Anwesenden dürfte unter 25 Jahre alt gewesen sein. Viele Menschen und Gruppen meldeten sich zusätzlich schriftlich und wollten in Zukunft das Projekt Radikale Linke mitbetreiben, Gruppen bilden (der feste Vertreter der Radikale-Linke-Rundschreiben nähert sich der Zahl 1000).

Die Spendensammlung ergibt völlig überraschende Ergebnisse, so daß das Defizit weit kleiner als erwartet bleibt. Jeder zweite erstand die Redetexte (kopierter Vorabdruck von Teilen des „Reader II“). VSP-Büchertisch und „SoZ“-Verkauf erzielten einen Umsatz wie nie zuvor in der — kurzen — Geschichte unserer Sturm- und Drang-Truppe. Und jenseits jeder Kritik blieb und wurde von allen als Highlight empfunden: die Aufführung von „deutsche nachgeburt 1989 + glasbruch 1848 = BIRTH OF A NATION“ von Grit Moßmann, Walter Moßmann und Joschi Krüger — den VSP-Menschen wohlvertraut von der letzten Delegiertenkonferenz (auszugsweise wiedergegeben in „SoZ“ Nr. 5/1990). Auf dem Radikale-Linke-Kongreß und nach der Demo „Nie wieder Deutschland!“ wirkte dieser Teil noch weniger als andernorts als „Kultur“, sondern als eigenständiger politischer Beitrag — just zum Thema Nummer eins.

Und schließlich ist eben außer Spesen einiges gewesen — und wird bleiben: Eine Resolution zur PDS (die wir leider nicht wiedergeben können. Sie richtet sich gegen das Enteignungsgesetz, das die Volkskammer gezielt auf Anstiften westdeutscher Initiatoren zur finanziellen Vernichtung der PDS beschlossen hat, d. Red.) und eine Resolution zum Ausländergesetz wurden verabschiedet und runden das Profil der Radikalen Linken weiter ab. Der Brief der politischen Gefangen — mit harter und weitgehend berechtigter Kritik an der Radikale Linken, wonach diese das begonnene Gespräch zusammen mit dem Auftauchen der „deutschen Frage“ abgebrochen habe — wird von allen als Teil dieses Kongresses verstanden, als eine Kritik, der wir uns zu stellen haben. Und schließlich nahm der Kongreß (per Akklamation, eine Abstimmung wäre erheblich besser gewesen) einen Fünfpunkte-Vorschlag an, den die Vorbereitungskommission erst fünf vor zwölf, nächtlings vor Sonntag, zustande gebracht hatte. Dieser sieht vor, daß das Projekt Radikale Linke weiterbetrieben wird, daß die Weiterentwicklung lokaler radikal linker Bündnisse und Menschenansammlungen befürwortet wird, daß der Aufbau von Koordinationsstrukturen einer Radikalen Linken erforderlich ist.

Auf dem Kongreß der Radikalen Linken per Akklamation angenommen.

hervorzauberten) und entsprechend für viele die Unterkunft zusätzlicher Streß. Es geht weiter mit der Art des Kongresses — wir hatten bewußt von Arbeitsgruppen abgesehen und nur Plena vorgesehen („Teach-in“-Charakter). Das hatte den Vorteil, daß alle alles mitbekommen konnten. Doch die Kritik und die Forderung, das nächste Mal solche Arbeitsgruppen vorzusehen, scheint zu überwiegen — und wenn dem so ist, muß diese Form als Fehler bilanziert werden. Es kommt die Kritik an Fensterreden — angefangen von den Sektenpriestern (wovon es auch weibliche Pendant gab), aber auch aus dem Kreis der Radikale Linken selbst, wo vor allem von dem „Männermikro“ aus viele Diskussionsbeiträge nicht zu den Themen gehalten wurden. Es kommt die Kritik an den „Gurus“ und der „Podiums-Fixiertheit“, was sich teilweise mit der Forderung nach Arbeitsgruppen ver-

„An all dem wird schon was dran sein.“ Und überhaupt wäre es am besten, eine Bilanz dieses Kongresses zu einem späteren Zeitpunkt zu ziehen, etwa dann, wenn „Reader II“ vorliegt mit den Kongreß-Texten und Tausende in Ruhe nachlesen und diskutieren, was auf dem Kongreß an — wie ich meine: überwiegend guten und spannenden — Beiträgen so eingebracht wurde.

Denn in Ruhe besehen und gemessen an objektiven Fakten, ließe sich eine durchaus stolze Bilanz ziehen: Da trifft sich erstmals ein derart breites Spektrum — mit dem rechten Rand der (grünen) „Radikalökologen“ (manche sagten auch: der VSP) bis hin zu Autonomen und Antimperialistischen Gruppen — und das geht gut so, zweieinhalb Tage lang. Am Sonntag abend um 17 Uhr sind noch 1000 Menschen da. Einzelnen Beiträgen — wie dem von Karl-Heinz Roth, von Rainer Trampert, von Silke Struck-

Wie weiter mit dem Projekt?

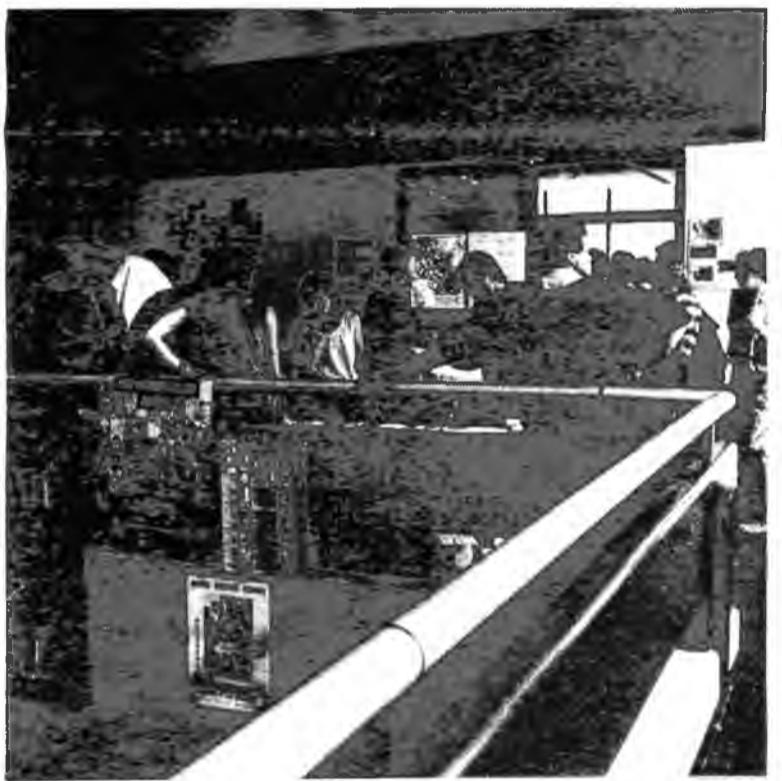
Perspektive der Radikalen Linken, beschlossen per Akklamation

1. Dieser Kongreß war nur ein Anfang. Das Projekt Radikale Linke — genauer: das Projekt einer Koordination verschiedenster Strömungen, die sich radikal links begreifen — wird fortgesetzt.
2. Vor allem sieht sich dieser Kongreß in der Verantwortung, weiter aktiv zu sein gegen das Projekt Nummer eins der westdeutschen Bourgeoisie, mit dem Anschluß der DDR an die BRD eine neue Qualität des deutschen Imperialismus zu erreichen. Hier orientieren wir uns auf eine neue Demonstration am 9. November herum, dem Tag der Reichspogromnacht, dem Tag des Falls der Berliner Mauer, aber auch dem Tag der Novemberrevolution 1918. Als Ort einer solchen Demonstration ist Berlin im Gespräch. Eine solche Mobilisierung kann eingebettet sein in Aktionstage gegen das Projekt Anschluß und seine politischen und sozialen Konsequenzen. Angestrebt wird dazu ein breites Bündnis in Westdeutschland und wenn möglich auch zusammen mit interessierten Kräften in der DDR und darüber hinaus. Das Ziel ist eine internationalistische Demonstration der Opfer, Gegnerinnen und Gegner Großdeutschlands.
3. Wenn das Projekt Radikale Linke weiter betrieben werden soll, dann sind entsprechende Koordinationsstrukturen erforderlich. Angesagt ist weiterhin keine Parteidbildung. Notwendig erscheint jedoch, die bestehenden Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion und Aktion so unterschiedlicher Strömungen, die auf diesem Kongreß anwesend sind, abzusichern. Wie solche Strukturen aussehen sollen, sollte in Ruhe diskutiert werden und die entsprechenden Diskussionsvorschläge allen interessierten Kräften zugänglich gemacht werden (Rundschreiben der Radikalen Linken).
4. Wir schlagen die Abhaltung eines Nachbereitungstreffens dieses Kongresses Anfang September vor. Zu diesem Treffen sind alle Kräfte eingeladen, die das Projekt Radikale Linke weiter tragen wollen. Auf diesem Treffen soll über mögliche Strukturen der Radikalen Linken und über weitere Aktivitäten der Radikalen Linken diskutiert werden, also vor allem auch die konkrete Mobilisierung für unsere Aktivitäten im November diskutiert werden. Darüber hinaus wird es ein Nachbereitungstreffen für Frauen aus dem Kreis der Radikalen Linken und um diese herum geben.
5. Wir begrüßen es, wenn auf lokaler Ebene weiterhin Bündnisse und Zusammenschlüsse von Menschen, die radikal links aktiv sind, weiterarbeiten oder entstehen, in denen die verschiedenen Kräfte, die u.a. auf diesem Kongreß präsent sind, zusammenarbeiten im Sinne dessen, worfür diese Radikale Linke und dieser Kongreß stehen.

Der Kongreß der Radikalen Linken hat außerdem eine Resolution gegen die versuchte Enteignung der PDS verabschiedet. Sie wendet sich gegen das Gesetz der Volkskammer der DDR, das der Regierung weitgehende Vollmachten über die Finanzen der ehemaligen „Blockpartei“ gibt, ein Gesetz, das nicht zuletzt auf Drängen der BRD-SPD zustandekam.

Kontaktadresse der Radikalen Linken:
M. Psyk, c/o R. Linke, Schmarustr. 41, 2000 Hamburg 50.

Einlader zur November-Demo:
Radikale Linke Demovorbereitung, c/o Siggi Frieß, MdB, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.



Indem für eine entsprechende konkrete Diskussion akzeptiert wurde, daß diese auf einem Nachbereitungstreffen Anfang September stattfinden soll, wurde vermieden, womit in der Regel jeder Kongreß dieser Art endet: im Tohuwabohu, Streit um Details, Vorwürfen der Manipulation und all dies in einer hektischen Aufbruchphase. By the way: die Moderation des Kongresses, zu 80 Prozent von Frauen gemacht, war überwiegend souverän und muß ebenso lobend hervorgehoben werden wie die Tatsache, daß die Klein- und Drecksarbeit der Kongreßvorbereitung auf vier Frauenschultern ruhte.

Schließlich: Die Radikale Linke will aktiv bleiben, ist keine Schwatzbuden-Veranstaltung: Um den 9. November herum wird eine zweite Demonstration „der Opfer, Gegner und Gegnerinnen Großdeutschlands“ stattfinden.

So gesehen war der Kongreß eindeutig ein Erfolg, kein Begräbnis erster Klasse für dieses Projekt — was ja manche vorgesehen hatten. Entscheidende Herausforderung für die Radikale Linke, und zugleich die Existenz des Projekts bedrohend, bleiben die Kritiken, die von feministischer Seite und durch Immigrantinnen vorgetragen wurden. Gerade das Projekt Großdeutschland bedroht,

nach eigener Radikale-Linke-Analyse, in erster Linie die Immigrantinnen und Immigranten. Aufgabe der Radikalen Linken wäre erstens, die Interessenverteidigung der Immigration zur eigenen Sache zu machen. Und — in dieser Reihenfolge — zweitens gemeinsame Strukturen von deutscher und nichtdeutscher Radikaler Linker zu finden. Vergleichbares gilt für die feministische Kritik: Es seien fast allein Frauen, die die Kritik der Gen-Technologie betrieben; die männer-marxistische Radikale Linke nehme die feministische Debatte nicht wahr, geschweige denn leiste sie einen Beitrag zu ihrer Weiterentwicklung. Die Radikale-Linke-Strukturen selbst seien in weiten Bereichen machistisch. Immerhin: All dies wurde — noch — auf dem Radikale-Linke-Kongreß von Feministinnen gesagt. Der Rückzug von Feministinnen aus der real existenten Radikalen Linken — die ja objektiv viel breiter als das Projekt Radikale Linke ist! — war nicht komplett, doch es wird mehr bedürfen als dem beschlossenen getrennten Nachbereitungstreff Radikale-Linke-Frauen, wenn eine Spaltung der Radikalen Linken entlang der Geschlechter — und damit der Tod des Projekts — verhindert werden soll. — (W.W.)

Internationale Umschau

Seit drei Wochen streiken zahlreiche Lehrer im wallonischen (französisch-sprachigen) Teil Belgiens. Sie fordern deutliche Lohnerhöhungen (mindestens 10% für alle), Einstellung von mehr Lehrern, Einbeziehung von Klassenkonferenzen und anderen Arbeiten in den Stundenplan und die Rücknahme der „Spar-Beschlüsse“ der Regierung. Am 28. Mai demonstrierten landesweit 20000 Lehrer und Schüler für diese Forderungen. Die Regierung ist nur zu 2% Lohnanhebungen bereit. Zusätzlich hatte sie kurz nach Streikbeginn weitere „Sparmaßnahmen“ beschlossen, darunter eine drastische Anhebung der Einschreibegebühren für jeden „höheren Unterricht“, eine Einschreibegebühr von 1000 Franc (ca. 50 DM) für Schüler in der beruflichen Ausbildung, die über 18 Jahre alt sind. — (rül)

Polen: Eisenbahnerstreik ist vorläufig unterbrochen

Nach einer Woche Streik haben streikende polnische Eisenbahner ihren Streik für zwei Wochen unterbrochen. Die Eisenbahner hatten eine 20-prozentige Anhebung ihrer durch die Teuerung seit Jahresanfang auf fast die Hälfte gesenkten Löhne verlangt. Die Regierung hatte erklärt, sie werde erst nach einem Abbruch des Streiks verhandeln. Reaktionäre Kräfte hatten gegen die Streikenden, die der nicht zur Solidarnosc gehörenden Eisenbahngewerkschaft angehörten, eine wilde Hetze entfacht. Nachdem die Streikenden drohten, ihren Streik auf das ganze Land auszudehnen, erklärte sich Solidarnosc-Chef Walesa bereit, ihre Forderungen gegenüber der Regierung zu unterstützen. Daraufhin unterbrachen die Eisenbahner ihren Streik. — (rül)

El Salvador: Armee ermordete Tausende

Seit dem Amtsantritt der derzeitigen Regierung Alfredo Cristiani am 1. Juli vergangenen Jahres hat die Armee El Salvadors ihren Terror gegen die Bevölkerung des Landes weiter verstärkt. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Bilanz der „Menschenrechtskommission“ (CDHES) El Salvadors hervor. Danach hat die Armee El Salvadors seit dem 1. Juli 1989 mindestens 2868 Morde begangen. Auch die Ankündigung der Regierung, sie werde für die „Armen der Armen“ sorgen, sei nicht wahrgemacht worden, stellt die Kommission fest. — (rül)

Südafrika: Faschisten formieren sich stärker

Etwas 50000 Siedler — 100000 hatten die Veranstalter angekündigt — versammelten sich auf Aufruf der konservativen Partei Südafrikas am 27. Mai unter dem Kolonialdenkmal der Buren in Pretoria. Sie demonstrierten gegen jegliche Reformen der Apartheid und für Neuwahlen unter den weißen Siedlern. Auf dieser Versammlung dominierte die faschistische Afrikanische Widerstandsbewegung (AWB). Diese Organisation verfügt über bewaffnete Terrororganisationen, sie hat viele Polizisten und Mitglieder der Spezialeinheiten zur Terrorbekämpfung in ihren Reihen. Andreas Treurnicht, Vorsitzender der konservativen Partei, rief dazu auf, die Apartheid „mit allen Mitteln“ zu verteidigen. Das ist der öffentliche Aufruf zum bewaffneten Terror gegen den Befreiungskampf. Ungefährlich ist diese Kundgebung, die im übrigen unter dem Schutz der Siedlerpolizei stand, nicht. Sie ist ein Versuch, die privaten Terrorbanden der Siedler öffentlich zu propagieren und die Zersetzungsercheinungen unter den Siedlern einzudämmen. Außerdem versucht die AWB mit ihren Terroraktionen gegen Zivilisten, die Befreiungsbewegungen in Südafrika zu provozieren, die sich bisher im bewaffneten Befreiungskampf mit ihren Aktionen gegen Polizei und Militär und gegen deren Einrichtungen gewendet haben. — (uld)

Kurdistan: Massenprozeß gegen Teilnehmer des Volksaufstands

Am 21. Mai begann in Diyarbakir ein erster Massenprozeß gegen Teilnehmer der Volksaufstände in Cizre. Der Prozeß findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Presse ist nicht zugelassen. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Presseerklärung des Kurdistan-Komitees vom 21. Mai:

„Heute, am 21. Mai 1990, beginnt vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Diyarbakir der erste Massenprozeß gegen 155 Teilnehmer am Volksaufstand in Nordwest-Kurdistan in der NEWROZ-Woche vom 21. März bis 28. März 1990 in Cizre. Angeklagt sind Frauen, Kinder, Männer und Alte im Alter von 14 (Abdullah Caner) bis 60 (Resul Akyürek) Jahren. Dieses Verfahren gegen die Einwohner von Cizre ist der Auftakt einer Reihe von Massenprozessen gegen patriotische kurdische Menschen, die sich am Serhildan (kurdischer Begriff für Volksaufstand) beteiligt haben. Seine Bedeutung geht aber weit darüber hinaus, weil es der erste Prozeß nach der Verschärfung des Ausnahmestandards zum De-facto-Kriegsrecht mit dem Beschuß des Ministerrats vom 9.4. ist, der u.a. eine Verdopplung der Strafen für „separatistische Aktivitäten“ vorsieht. In diesem Sinne handelt es sich hierbei um einen Pilotenprozeß. Bis jetzt haben sich mehrere hundert Anwälte in Diyarbakir eingefunden, die die Verteidigung der kurdischen Patrioten übernommen haben. Dieser Prozeß entbehrt jeglicher rechtlicher Grundlage und ist ein kolonialistischer Akt der Gewalt mit Hilfe der Justizorgane. Während des gerechten und legitimen Volksaufstandes ging keine Gewalt von den Demonstranten aus. Im Gegensatz dazu hatte die kolonialistische Armee in die Menge geschossen und dabei neun Menschen ermordet...“

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 12/90 — (rül)



Der Streik der 9300 Gewerkschafter des Greyhound-Konzerns in den USA dauert an. Am 17. Mai führte der Gewerkschaftsbund AFL-CIO einen landesweiten Aktionstag zur Unterstützung der Streikenden durch. In New York und Scranton (Pennsylvania) fanden Solidaritätsdemonstrationen mit den Streikenden statt, auf mehreren Gewerkschaftskundgebungen (Bild: Chicago) wurden Solidaritätssammlungen durchgeführt. Nach Angaben der Gewerkschaften kann der Konzern, der schon erklärt hat, der Streik sei für ihn „vorbei“, mit den angefeuerten Streikbrechern nur etwa ein Viertel der Fahrten vor Streikbeginn aufrechterhalten. — (rül)

Indien: Wahlerfolg für linkes Bündnis in Bihar

„Keine Überraschungen“ beim Wahlergebnis im indischen Unionstaat Bihar stellt die jetzt vorliegende Zeitschrift „Economic and Political Weekly“ (24.3.90) zunächst fest. Bihar ist der ärmste und mit rd. 70 Millionen Einwohnern zweit-bevölkerungsreichste Unionstaat in Indien. Seit zwanzig Jahren arbeiten, zumeist in entlegenen Landesteilen, revolutionäre Organisationen, die zum Teil auch bei den Wahlen angetreten sind. Der Wahlkampf war äußerst brutal geführt worden und kostete 125 Personen das Leben. Bestechung und Einschüchterung von Teilen der Bevölkerung war wesentlicher Bestandteil der Wahlen. Die Janata-Dal-Partei hat mit 122 Sitzen die Wahl klar gewonnen. 70 Kandidaten dieser Partei haben Verfahren wegen Korruption und z.T. wegen Totschlags am Hals. Die Partei repräsentiert vor allem lokale Grundbesitzer und Bürokraten. Die BJP, eine Partei mit hindu-nationalistischem Programm, mußte eine Niederlage einstecken und erhielt 39 Sitze, wohingegen die Congress-Partei von R. Gandhi lokale Unzufriedenheiten mit korrupten Kandidaten der Janata Dal aufgreifen und ihre Sitzanzahl auf 71 Sitze verdoppeln konnte. Zu den Wahlen für das Unionsparlament angetreten war zum ersten Mal ein linkes Bündnis (Indian Peoples Front) aus lokalen Organisationen landloser Bauern, kleiner Pächter und Adivasis (kleine Stämme unterdrückter Nationen). Sie erhielten sieben Sitze und stellen jetzt nach der Kommunistischen Partei (CPI = 23 Sitze) die zweitgrößte linke Gruppe im Parlament von Patna. Ein anderer revolutionärer Zusammenschluß erhielt zwei, die CPI/M sechs Sitze. Die Zeitschrift geht davon aus, daß ein Zusammenschluß der revolutionären Linken zu einem Wahlbündnis mit einem heimlichen Programm zu mehr Sitzen geführt hätte. Außerdem scheint die IPF in einigen Wahlkreisen nur äußerst knapp verloren zu haben. „Es war hauptsächlich der persönliche Einfluß der Kandidaten, Kaste und örtliche Loyalität und die Gewalt, die das Ergebnis entschieden haben.“ Der indische Ministerpräsident V.P. Singh hatte eine „Sauberkeitskampagne“ (gegen korrupte Kandidaten) initiiert, die dazu führte, daß er in einigen Wahlkreisen ausschließlich CPI und CPI/M Kandidaten zur Wahl empfahl. — (cog)

Spediteure drohen mit Blockadeaktionen an Grenzen

Spediteure aus sechs Ländern sollen nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 31. Mai beschlossen haben, ab 1. Juli an Protest gegen die von der Bundesregierung eingeführte Straßenbenutzungsgebühr für ausländische Lastwagen die Grenzen der BRD zu blockieren. Die neue Gebühr soll die Konkurrenzposition westdeutscher Speditionen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten verbessern. Spediteure aus Frankreich, Belgien, Italien, Großbritannien, den Niederlanden und Luxemburg sollen sich dagegen zusammengetan haben und gemeinsame Aktionen planen. Die Bundesregierung hat schon verlauten lassen, sie werde blockierende Lastwagen abschleppen lassen. — (rül)

Widerstand gegen Dekret Nr. 413

Türkei: 1200 politische Gefangene sind im Hungerstreik

Mehr als 1200 politische Gefangene in den Gefängnissen Canakkale (in der Nähe von Istanbul), Diyarbakir, Bismil, Malatya, Barten und Ankara in der Türkei sind zur Zeit im Hungerstreik. Unter ihnen sind auch Kinder, die in Kinderabteilungen etwa in Ankara inhaftiert sind.

Ihr Protest richtet sich u.a. gegen die in den letzten Tagen spürbar verschlechterten Haftbedingungen. Nach erfolglosen Ausbrüchen — so flohen in der ersten Maihälfte vier zum Tode verurteilte Mitglieder von Dev Sol und eines der TKP/ML aus dem Gefängnis Bayrampaşa — haben die Gefangnisleitungen in den letzten Tagen die Schikanen gegen die Gefangenen wieder verstärkt. Vor allem aber verlangen die Hungerstreikenden die Aufhebung der §§ 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches und des im April verabschiedeten Dekrets Nr. 413. Die §§ 141 und 142 richten sich gegen „kommunistische“ und „separatistische Umtriebe“ jeder Art, angefangen von der Mitgliedschaft in linken oder kurdischen Organisationen, über Propagandatätigkeiten usw. Viele der Hungerstreikenden sind allein wegen Verstoß gegen diese §§ inhaftiert.

Das erst im April dieses Jahres verabschiedete Dekret Nr. 413 richtet sich gegen den kurdischen Befreiungskampf und verhängt u.a. eine strikte Zensur über alle Berichterstattung aus Kurdistan. Einige der Gefangenen sind Journalisten und wenden sich auch deshalb gegen das Dekret.

In der Öffentlichkeit wird ihre Aktion unterstützt. In Diyarbakir, Istanbul und Adana führen Familienangehörige Solidaritäts-Hungerstreiks durch. Die Redaktion der Zeitschrift „2000e Dogru“ unterstützt die Hungerstreikenden ebenfalls. Viele linke Zeitungen werden nach Erlass des Dekrets Nr. 413 nicht mehr vertrieben, die letzte Ausgabe von „2000e Dogru“ wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Auch der erst vor zwei Jahren gebildete türkische Presserat hat gegen das Dekret Nr. 413 protestiert. In einem Schreiben an die Vorstände der im Parlament vertretenen Parteien forderte er, daß dieses Dekret noch vor den Sommerferien des Parlaments wieder aufgehoben werden müsse. Das Dekret würde das Recht auf Information und die Pressefreiheit aufheben.

Aus Kurdistan selbst sind die Nachrichten in der türkischen Presse nach Inkrafttreten des Dekrets entsprechend spärlich. Der „Spezialgouverneur“ Hayri Kosakcioglu betonte erneut, man wolle die Unterstützung der Bevölkerung für die PKK mit Gewalt brechen. Nach verschiedenen Berichten soll die Armee dazu übergegangen sein, wahllos Verhaftungen vorzunehmen, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu terrorisieren. — (dos)

Kanada wird dezentraler

Verbindung zu Britannien verliert an Bedeutung

Bis zum 23. Juni läuft die Frist zur Unterzeichnung des Verfassungsabkommen von Meech Lake durch die kanadischen Provinzen. Anfang Juni fehlte die Zustimmung von drei Provinzen. Premierminister Mulroney lud deshalb für den 3. Juni zu einer Sitzung ein, die aber nach ersten Meldungen nur das Ergebnis brachte, daß man sich erneut treffen wird. Wenn nicht alle Provinzen das Verfassungsabkommen unterzeichnen, ist der Versuch des konservativen Premierministers Mulroney, einen Konsens in wichtigen Verfassungsfragen zwischen der kanadischen Zentralregierung und den Provinzregierungen herzustellen, gescheitert.

Erst 1982 erhielt Kanada formell eine selbständige, von Großbritannien unabhängige Verfassung. Québec sah darin seine besonderen Interessen als französischsprachige Provinz nicht genügend respektiert und ratifizierte die Verfassung nicht. Diesen Mangel oder Makel suchte Premier Mulroney 1987 in einer Wochenendkonferenz am Meech Lake zu beheben: Es sollten Québec Zugeständnisse gemacht werden, die die Verfassung konsensfähig machen. Das gelang insofern, als Québec dem Abkommen

men von Meech Lake zustimmt. Aber das Vorhaben scheiterte daran, daß andere Provinzen darin eine Privilegierung Québecs sahen und eine allgemeine Stärkung der Provinzrechte gegenüber der Zentralregierung forderten. Zwei Provinzen (New Brunswick und Manitoba) haben nicht zugestimmt, Newfoundland zog seine bereits gegebene Zustimmung Anfang April zurück.

Zu den Streitpunkten gehört auch eine Reform des kanadischen Senats — seine Mitglieder sind nicht wählbar, sondern werden auf Vorschlag des Premiers ernannt, und die bevölkerungsreichsten Provinzen Ontario und Québec sind darin am stärksten vertreten.

Die traditionellen Bindungen Kanadas an Großbritannien verblasen, zumal der britisch orientierte Bevölkerungsanteil immer mehr abnimmt — in Toronto liegt er bei unter 30 %. Statt der Orientierung an London und alternativ an Washington scheint sich ein eigenständiger Regionalismus herauszubilden.

Quellen: Financial Times, 10. April 1990; Economist, 14. April 1990; Radio Canada International, 3. und 4. Juni 1990 — (mi)

Südkorea: Unterdrückungswelle

Unabhängiger Gewerkschaftsverband hat sich gegründet

Die erneute Unterdrückung von Streiks und Protesten in Südkorea hat weltweit Empörung hervorgerufen. Gegen den Angriff südkoreanischer Bereitschaftspolizei auf Streikende bei Hyundai und die zunehmende polizeiliche Gewalttätigkeit hat auch der Internationale Metallgewerkschaftsbund IMB protestiert. „Es sieht so aus, als wollten Regierung, Arbeitgeber und Polizei zum repressiven Regime der Chun-Ära vor 1987 zurückkehren“, erklärte IMB-Generalsekretär Marcello Malentacchi.

Die große Regierungscoalition von Roh Tae-woo und den ehemaligen Oppositionspolitikern Kim Jong-pil und Kim Yeong-sam hat den gewerkschaftsfeindlichen Kurs verschärft:

— So machen Regierungsvertreter ihr Recht geltend, Gewerkschaftskonten zu prüfen.

— Die Regierung will dieses Jahr die Lohnerhöhungen weit unter dem von Gewerkschaftsexperten als Existenzminimum betrachteten Niveau halten. Die koreanischen Arbeiter sind von Preiserhöhungen für Mieten und Lebensmittel stark betroffen.

— Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, daß die Unterstützung eines örtlichen Konflikts durch eine nationale Gewerkschaft wie die bisher regierungs-

loyale FKTU als „Einmischung von außen“ und damit als illegal betrachtet werden kann. Dies steht im Widerspruch zu internationalen Abkommen über Vereinigungsfreiheit.

Mit ihrem antikommunistischen, gewerkschaftsfeindlichen Kurs will die Regierung Grundlagen für eine neue Exportoffensive schaffen, wobei auch Milliardenprojekte in der Sowjetunion geplant sind. Anscheinend bietet die Regierung Roh Tae-woo Gorbatschow Kredite in Milliardenhöhe an und erhofft sich darüber auch eine verstärkte Einflussnahme der Sowjetunion auf Nordkorea. Aber in den letzten drei Jahren hat sich in Südkorea selber eine Arbeiterbewegung mit eigenen Strukturen herausgebildet. Der „Nationalrat der Gewerkschaften“ (NRdg) hat sich am 22. Januar 1990 gegründet und umfaßt circa 200000 Gewerkschafter. Dieser neue Gewerkschaftsverband, der nicht dem Gewerkschaftsdachverband FKTU angeschlossen ist, hat der Unterdrückung durch Regierung und Kapital den Kampf angesetzt. „Wir kämpfen, um durch die zusammengeführten Kämpfe der Arbeiter aus dem Land die Unterdrückung des Kapitals und des Regimes gegen die Arbeiterbewegung zu zerstören.“ — (ros)

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien sind mit einem klaren Sieg der „Front zur Nationalen Rettung“ ausgegangen. Bei den Präsidentschaftswahlen siegte Ion Iliescu von der „Front“ mit 85 % der Stimmen, gefolgt von Radu Campeanu von der „Nationalliberalen Partei“ mit 10,6 % und Ion Rațiu von der „Nationalen Bauernpartei“ mit 4,3 %. Bei den Wahlen zu den beiden Kammern des rumänischen Parlaments, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, konnte die „Front“ im Abgeordnetenhaus mit 66,3 % 233 von 487 Sitzen erreichen.

Die „Demokratische Union der Ungarn“ bekam 7,2 % und 29 Mandate, gefolgt von „Nationalliberalen“ mit 6,3 % und ebenfalls 29 Sitzen. Bei 2,5 % Stimmanteil bekamen die „ökologische Bewegung“ und die „Nationale Bauernpartei“ jeweils 12 Sitze. Mit 2,1 % konnte sich die „Allianz für die Einheit der Rumänen“, hinter der die rassistisch-chauvinistische Sammlungsbe-

Der hohe Sieg der „Front“ hatte die meisten Blätter überrascht. Nach dem permanenten Vorwurf, die „Front“ sei nichts anderes als die wiedererstandene KP, und der antikommunistischen Grundstimmung im Land, setzte man eher auf die Liberalen. Schnell riefen daher die Verlierer „Wahlbetrug“. Nachdem die wichtigsten kapitalistischen Regierungen die Wahl aber anerkannt haben, ist dieser Vorwurf schnell aus den Gazetten verschwunden.

Das Programm des Wahlsiegers Iliescu bietet auch keinen Anlaß, das Kapital das Fürchten zu lernen. Die vagen

- Privatisierungen in der Landwirtschaft, bei Klein- und Mittelbetrieben.
- Keine Begrenzung von Betriebsgrößen in der Landwirtschaft
- Betriebe können ausländische Kredite aufnehmen, wenn die Außenhandelsbank zugestimmt hat.
- Leistungslohnssystem.

Wenn auch noch staatliche und genossenschaftliche Eigentumsformen bestimmt bleiben, so ist durch den angekündigten EG-Vertrag absehbar, daß das EG-Kapital sehr schnell auf Änderung dringen wird. Inwieweit es dann Widerstand von Seiten der Arbeiterklasse und der Bauern gibt, wird man sehen. Das Regierungsprogramm von Iliescu bietet da nicht sehr viel Widerstandspotential.

Auffällig bei den Wahlen war das schlechte Abschneiden der „National-Liberalen“ und der „Nationalen Bauernpartei“, die als schärfste Konkurrenten der „Front“ gewertet wurden. Beide Parteien haben sich in der Zeit nach dem Dezember-Umsturz wiedergründet. Ihr Programm besteht in der Forderung nach einer möglichst schnellen Einführung kapitalistischer Verhältnisse. Ansonsten schwelgen sie in einer verklärten Betrachtung der Zwischenkriegszeit, in der beide Parteien als politische Vertreter der Kleinbourgeoisie und der Grundherren die Faschisierung Rumäniens mitbestimmt.

Ihre Niederlage ist ganz klar ein Hinweis darauf, daß die große Mehrzahl der Rumänen kein Interesse an der Wiederherstellung kapitalistischer oder grundherrschaftlicher Ausbeutung haben. Die rumänischen Zeitungen führen auch die geänderte Sozialstruktur als Grund für die Schwäche der beiden Parteien an.

So betrug noch 1950 die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft nach Angaben des rumänischen Statistischen Jahrbuches von 1986 6208700, was 74 % der Gesamtbeschäftigten entspricht. Bis 1985 hat sich dieser Anteil auf 28,5 % gesenkt. Die Kollektivierung der Landwirtschaft nach dem Krieg und die rumänische Industrialisierungsstrategie haben vor allem der Junkerpartei den Anhang genommen.

Diese Veränderung der gesellschaftlichen Struktur Rumäniens und die Probleme, die dabei entstanden, müssen genauer betrachtet werden, weil hier Aufschluß über den Niedergang Ceausescus und die weiteren Probleme Rumäniens gefunden werden können.

Die Ceausescu-Regierung versuchte, der Krise durch inneren Konsumverzicht und durch eine spezielle Exportstrategie entgegenzuwirken. Die gesamte Energie- und Erdölindustrie wurde unter militärische Verwaltung gestellt. Die Verteilung von Energie und Nahrungsmitteln wurde drastisch rationiert. Das 1983 eingeführte nach unten flexible Lohnsystem wurde 1986 noch verschärft. Der Lohn wurde an die Planerfüllung gebunden, und da die Unternehmen aus verschiedenen Gründen die Pläne nie erfüllten, wurden nur 60-80 % der Grundlöhne ausbezahlt. In den wenigen Energie- und Materialmangel schlecht ausgelasteten Betrieben wurde ein flexibles Arbeitszeitssystem eingeführt, das je nach Bedarf Zwangsurlaub oder Wochenendschichten vorsah. 1987 wurde ein Gesetz erlassen, das die Lohnabhängigen zwang, Anteilscheine an den Betrieben zu erwerben, die über Lohnabzüge finanziert wurden. Das besondere System der Facharbeiterausbildung wurde gestoppt, etliche Fachgymnasien wurden geschlossen oder zusammengelegt, mit der Folge, daß ein großer Teil der Schüler als schlechter ausgebildete, billigere Arbeitskräfte in die Industrie geschickt wurde, was einen Unmut erzeugte.

Ab 1982 wurden bestimmte Industriezweige (vor allem Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung) zusammengefaßt, um ausschließlich für den Export zu produzieren. Sie bekamen Sonderzuteilungen an Energie und Rohstoffen, was auf Kosten der übrigen Industrien ging und die Lage der Bevölkerung noch weiter verschlechterte. Die vollständige Rückzahlung der Auslandsschulden dokumentierte zwar die Unabhängigkeit Rumäniens, ging aber auf Kosten der gesamten Gesellschaft. Diese inneren Widersprüche verschärften sich, als die Welle der konservativen Revolutionen über Osteuropa schwamm. Die Konzeptionslosigkeit der Ceausescu-Regierung in dieser Lage war deutlich und die Opposition in und außerhalb der Partei stark genug, um den Dezemberumsturz durchzuführen.

Neben den national/territorialen Problemen wird die unausgewogene industrielle Struktur einen unabhängigen Kurs Rumäniens erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Die Großindustrie verschlingt Unsummen von Kapital, das die neue Regierung nur aus dem Ausland bekommen kann. Das Pfund, mit dem Rumänien wuchern kann, die reichen Ölviertel, wird mit Sicherheit bald als Verhandlungsmasse angeboten und das schon eingeladene deutsche Kapital wird dabei seine Erfahrungen aus der Zeit der faschistischen Besatzung anbieten können, um wieder einmal, via die rumänischen Ölquellen, den Marsch gen Osten anzutreten.

Die Probleme dieser Entwicklungsstrategie zeigten sich aber schon sehr schnell: Im Zuge der Ölkrise und der allgemeinen Verschlechterung der Lage der Entwicklungsländer kam es zu Stockungen im Export und damit zu fehlenden Einnahmen, um die Industrialisierung voranzutreiben. Hinzu kam, daß der Ausbau der industriellen Kapazitäten vollkommen an den Realitäten der rumänischen Ökonomie vorbei lief. So wurde z.B. die Chemieindustrie, die vor allem rumänisches Öl verarbeiten sollte, in einem so gigantischen Maße ausgebaut, daß die Fördermengen nie ausreichten, um die Industriekapazitäten auszulasten. Um 35 % schwankte der Auslastungsgrad, was natürlich ökonomisch nicht lange haltbar war. Durch die einseitige Ausrichtung auf wenige Industriezweige, die den größten Teil der finanziellen Mittel verschlangen, blieb die für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Industrie technisch zurück, was die Versorgungslage verschlechterte. Unsinnige Prestige-Objekte des Ceausescu-Clans taten ein weiteres, um die rumänische Ökonomie zu zersetzen.



Rumänisches Ölkombinat in Pitești

wegung „Vatra Românească“ steht, 10 Mandate sichern. Mit jeweils einem Sitz sind das „Demokratische Forum der Deutschen“ und die „Union der Roma“ vertreten. Dazu kommen noch 32 unabhängige Kandidaten sowie 9 Vertreter von nationalen Minderheiten, denen nach der Verfassung jeweils 1 Mandat zusteht.

Im Senat wurde die „Front“ mit 92 von 119 Sitzen (67 %) stärkste Fraktion, gefolgt von der „Union der Ungarn“ mit 12 Sitzen (7,2 %), den „Nationalliberalen“ mit 9 Sitzen (7,1 %). Die „Nationale Bauernpartei“ brachte es ebenso wie andere Gruppierungen nur auf 1 Mandat. Die Stimmteilnahme lag bei etwa 86 %.

Programmaussagen favorisieren die Marktwirtschaft, in der aber unterschiedliche Eigentumsformen miteinander konkurrieren. Zur Zeit wird das „schwedische Modell“ diskutiert. Auf jeden Fall geht es in die EG. Entsprechende Verhandlungen laufen schon, die ersten Abkommen sollen unterschriftsreif sein. Iliescu erklärte in einem Interview, daß Rumänen die enge Anbindung an den französischen Markt lockern will und auf verstärkte Geschäfte mit der BRD und Japan hofft.

Bisher sind schon einige Entscheidungen getroffen worden, die den weiteren Weg vorgeben.

— Abschaffung staatlicher Planvorgaben

gleich bei Kaufkraftverlust vorsah. Gegen einen weiteren Punkt der Sparpolitik der Regierung im Öffentlichen Dienst wurde auch am 26.4. protestiert: die Pläne bezüglich der Anerkennung und Bezahlung der beruflichen Qualifikationen. Danach soll in Zukunft die Qualifikation nur über den Arbeitsplatz definiert werden, nicht mehr über die erworbene berufliche Kenntnis und Kompetenz. Die Beschäftigten des Gesundheitswesens protestierten gegen ein neues Krankenhausgesetz, das im Herbst ins Parlament kommen soll und die „Anpassung des Krankenhauses an das Europa 1993“ beabsichtigt.

Der Streikaufruf vom 26.4. wurde in großem Umfang befolgt, in allen größeren Städten fanden Demonstrationen statt. Ein konkretes Ergebnis gibt es vor der Sommerpause nicht, die Aktionen sollen im Herbst fortgesetzt werden. In dieser Lage hielt Mitterrand letzte Woche eine Rede zum „Kampf gegen die Ungleichheit“. Der Generalsekretär der CFDT forderte daraufhin die Anhebung des SMIC um 500 FF zum 1.7. und forderte die Regierung auf, die Besteuerung zu ändern, da sie plane, die Finanzierung des sozialen Netzes mit einer allgemeinen Sozialabgabe zu sichern, was von den Lohnempfängern gezahlt werden müsse und die Ungleichheit verstärken würde.

Quellenhinweis: L'Humanité vom 22. März bis 31. Mai 1990 — (sur)

Proteste im öffentlichen Dienst Frankreichs

Gegen Sparpolitik und Privatisierung / Im Herbst sollen die Aktionen fortgesetzt werden

Vor einem Monat, am 26.4.90, fand eine Streik- und Protestbewegung ihren vorläufigen Höhepunkt, die den gesamten Öffentlichen Dienst erfaßte. Begonnen hatte der Protest bei den Postbediensteten im März, als der sogenannte Quiles-Plan von der Regierung veröffentlicht wurde. Er sieht vor, Post und Telekommunikation zu trennen und Zug um Zug zu privatisieren. Außerdem soll die Mitbestimmung auf diesem Wege abgeschafft werden. Im April griff die Protestbewegung auf den gesamten Öffentlichen Dienst über. Am 4.4. fand eine Pressekonferenz der sechs am letzten Abschluß beteiligten Gewerkschaften FO, CFDT, FEN, FGAF, CGC und CFTC statt, die gemeinsam zu dem Streik- und Aktionstag aufriefen. Die CGT, die als einzige Gewerkschaft den letzten Abschluß nicht unterzeichnet hat, unterstützte den Aufruf. Die in seltener Einheit aufgestellten Forderungen lauten:

- Erhalt der Kaufkraft;
- Erneuerung der Lohnvereinbarungen von 1988/89;
- mehr Personal;
- Anerkennung der beruflichen Qualifikationen;
- Verteidigung und Erhalt des Öffentlichen Dienstes.

Hintergrund für diese Forderungen sind zum einen die allgemeine soziale Lage, zum anderen die Pläne der Regierung Rocard für den Öffentlichen Dienst. Zur allgemeinen Einkommenslage hat das INSEE (Institut national de



45 000 auf der Demonstration der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes am 26.4. Paris; hier: Postbeschäftigte, Schulpyschologen



Sanierung in Freiburg — preiswerte Altbauwohnungen werden zugunsten teurer Luxusobjekte vernichtet. — Foto: zero

Ergebnis der Marktfreiheit ist massenhafter Mietwucher

Mangelhaftes Angebot und überhöhte Mietpreise in Freiburg

Wir dokumentieren einige Ergebnisse einer Untersuchung der Wohnungsanzeigen der „Badischen Zeitung“, dem Monopolblatt für den Freiburger Raum, aus dem Zeitraum Anfang Oktober 1989 bis Anfang März 1990. Eine ähnliche Untersuchung der Vermietungsangebote wurde vom Statistischen Amt der Stadt für 1980/81 und 1983/84 vorgenommen, auf die wir uns teilweise zum Vergleich beziehen. Obwohl die Daten keine direkten Rückschlüsse auf das Gesamtangebot an Mietwohnungen zulassen, weil sie nur die Neuvermietungen erfassen können und diese auch nur für das vermutlich eher teuere Marktsegment, das über die Zeitung vermittelt wird, können doch einige Hinweise für die Lage der Wohnungssuchenden gefunden werden, die keinen Zugang zu den Genossenschaften oder dem Sozialwohnungsbau haben. Da gerade in Freiburg der Anteil der geförderten Wohnungen relativ niedrig ist, schlagen hier Veränderungen des freien Marktes schneller durch und beeinflussen rasch das Mietgefüge auch für bestehende Verträge.

„Kostenmiete“?

Tabelle 1 beweist: Die Behauptung der Grundbesitzer, ihre Mietforderungen seien Ergebnis einfacher Kostenberechnung unter Berücksichtigung einer „angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals“ ist ein Märchen. Da die Investitionskosten für kleinere Wohnungen bezogen auf die Wohnfläche erheblich höher liegen als für größere, müßten die qm-Preise dies zum Ausdruck bringen. So war es auch tatsächlich in der Vergangenheit: Die qm-Preise lagen 1980/81 in der Stadt zwischen 10,03 DM (für 1-Zi.-Wohn.), 9,15 (2), 7,89 (3) und 7,79 (4). Heute ist diese Rangfolge jedenfalls im Stadtgebiet eingebettet und nur noch im Umland festzustellen. Ursache: weil Kleinstwohnungen höhere Rendite versprechen, sind seit Jahren die mittelgroßen Wohnungen praktisch vom Markt verschwunden. Der daraus resultierende Nachfragedruck für Wohnungen, wie sie v.a. 3-5-Personen-Haushalte benötigen, erlaubte den Grundbesitzern, unabhängig von jeder „reellen“ Kalkulation ihre Mietforderungen in die Höhe zu schrauben, so daß v.a. hier auch nach Begriffen der bürgerlichen Ökonomie Wucher mieten das Angebot beherrschen. Darüber hinaus hat es den Anschein, als ob bei der Kategorie der 1-Zimmer-Wohnungen heute eine ganze Reihe von Kellerverschlägen und Rattenlöchern zur Vermietung gestellt werden, für die sich früher kein Mieter hätte finden lassen. Das läßt die Miethöhe in diesem Bereich niedriger erscheinen und drückt sich in den Steigerungsraten der qm-Preise aus, die für die mittelgroßen Wohnungen weit über dem Doppelten der Inflationsrate (1980-89: 25,7%) liegen, für die kleineren und die großen Wohnungen aber eher moderat ausfallen (Tabelle 5). Diese Klassen sind in etwa

Wohnen auf dem Land billiger?

Ein weiteres „Gesetz“ scheint genau so verschwunden zu sein: Konnte das Statistische Amt noch 1981 und 1984 belegbar behaupten, die Miethöhe sinkt mit zunehmender Entfernung von der Stadtmitte, so ist diese Tendenz heute zumindest stark abgeschwächt, deutlich jedenfalls erst ab einer Entfernung von über 15 km festzustellen (Tabelle 2). Folge: der Umzug in die weiter entfernten Umlandgemeinden, früher der Ausweg vor nicht mehr bezahlbaren Mieten, ist heute versperrt, weil die erheblichen Fahrtkosten bzw. die völlig unzureichenden Verkehrsmittel nach entfernten Orten Einsparungen beim Mietzins nicht nur auffressen, sondern Zusatzkosten verursachen.

Marktgerechte Preise?

Was die Höhe der Mieten angeht, so enthält Tabelle 3 die Durchschnittswerte aller angebotenen Wohnungen, von Selestat (Elsaß) im Westen bis Donaueschingen im Osten und von Bruchsal im Norden bis Waldshut im Süden. Trotzdem: nur knapp ein Drittel aller Angebote liegt noch unter 11 DM pro qm, während es 1981 noch über zwei Drittel waren. 20 % liegen schon über 15 DM. Wer behauptet, daß der Markt in Sachen Wohnung etwas anderes als glatten Wucher hervorbringt, der lügt.

Entweder arm und „Single“ ...

Die bürgerliche Popaganda behauptet, die marktwirtschaftliche Liberalität im Wohnungswesen garantiere die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung. Gelegentliche Engpässe in bestimmten Bereichen seien zwangsläufig und durch soziale Maßnahmen (Wohngeld) abzufedern. Schon ein grober Blick auf das Zahlenmaterial deutet auf das Gegenteil.

In Tabelle 4 haben wir die Verteilung des Angebots nach der Zimmerzahl in Prozent des Gesamtangebots der BZ für die Jahre 80/81, 83/84 sowie 89/90 zusammengestellt. Wissen muß man, daß das Jahr 1983 wesentliche Änderungen des Mietrechts durch die christlich-liberale Bonner Koalition gebracht hat. Auffällig ist, daß im Zeitraum 1980/81 bis 1983/84 der Anteil der 1-Zimmerwohnungen am Gesamtangebot zugunsten der 2- und 3-Zimmerwohnungen zurückging, während die größeren Wohnungen in ihrem Anteil in etwa stagnierten. Diese Entwicklung hat sich nach 1984 vollständig umgedreht: die 1-Zimmerwohnungen nehmen wieder erheblich zu, die 2- und 3-Zimmerwohnungen sinken dagegen von einem Anteil von zusammen über 62 % 1983/84 auf unter 48 % 1989/90.

Noch deutlicher wird diese Entwicklung bei der Analyse des Wohnungsangebots im Hinblick auf die jeweilige Wohnfläche. Wir haben zu diesem Zweck das Angebot in relativ großen Wohnflächenklassen zusammengefaßt (Tabelle 5). Diese Klassen sind in etwa

dem Mindest-Wohnflächenbedarf unterschiedlicher Haushaltsgrößen** zuzuordnen:

	Haushaltsgroße	Wohnfläche
1 Person		bis 40 qm
2 Personen		41 bis 70 qm
3 Personen		71 bis 91 qm
4 Personen		91 bis 120 qm
5 u.m.	Personen	121 qm u.mehr

Tabelle 5 belegt nun, daß die Entwicklung des Wohnungsangebots seit 1983/84 v.a. durch zwei Faktoren bestimmt ist. Erstens: wieder steigender Anteil der Kleinstwohnungen. Zweitens: erheblich sinkende Anteile der für Paare und kleinere Familien (bis 4 Personen) geeigneten Wohnungsangebote mit Wohnflächen zwischen 41 und 120 qm (Verlust 83/84-89/90: 12,6 %) zugunsten der großen Wohnungen und Häuser über 120 qm, die bei den gegenwärtigen Mietpreisen auch für relativ gut verdienende Arbeiter und Angestellte kaum erschwinglich sind.

Der freie Wohnungsmarkt engt das Angebot für Leute, die entweder dabei sind eine Familie zu gründen oder die bereits Kinder haben, unerträglich ein, wenn sie nicht solchen Einkommensgruppen angehören, die eine Kaltmiete von 1500-2000 DM und darüber verkraften können.

... oder reich

Die veröffentlichte Meinung behauptet, der „Trend zum Single“ sei durch einen diffusen „Wertewandel“ verursacht. Die Ergebnisse deuten eher darauf hin, daß der brutale Marktzwang, in Folge passenden (zahlbaren) Wohnraums allein leben zu müssen, von Leuten, die sich darauf verstehen, den Schwanz mit dem Hund wedeln zu lassen, zu einer Mode umgedeutet werden soll. Eine andere Modebehauptung können die Zahlen dagegen bestätigen: der 21 %-Anteil für die über 120 qm großen Stadtwohnungen spiegelt deutlich den „Trend zu neuer Urbanität“. In der Sprache der Makler liest sich das dann so: „Zentrumsnaher Penthouse-Wohnung m. gehob. Ausstatt. üb. 2 Etagen. 170 qm. 2800 DM KM.“

Anmerkungen: * Von den insgesamt erfaßten 1266 Angeboten, konnten wegen lückhafter Angaben nicht alle verwertet werden. Die Angebote für die 5- u. 6-Zimmer-Wohnungen in Tab. 2 sind zahlenmäßig so wenige, daß die angegebenen Mietpreise für diese beiden Gruppen nur geringen statistischen Wert haben.

** Die Bildung der fünf Wohnflächen-Klassen und ihre ungefähre Zuordnung zu Haushaltsgrößen wurde nach den in der wissenschaftlichen Literatur durchschnittlich angegebenen Wohnflächenstandards für unterschiedliche Haushaltsgrößen vorgenommen. Siehe dazu: Materialien zur Kommunalpolitik des BWK. 1985, S. 48.

Quellen: R. Tressel, Ergebnisse der Auswertung der Wohnungsanzeigen in der örtlichen Tagespresse, Amt f. Statistik Freiburg, Gebäudeheft 1981; ebenso, unveröffentlichtes Manuskript 1984; Index der Lebenshaltungskosten, Stat. Bundesamt. Die Untersuchung entstand unter Mitarbeit von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik der Linken Liste/Friedensliste Freiburg — (kuh)

Tab. 1: Angebotene Wohnungen nach Zimmerzahl

Zimmerzahl	Angebote in %	Stadtgebiet Miete pro Wohn.	Stadtgebiet Miete pro qm	Preissteig. 81-90	Angebote in %	Umland Miete pro Wohn.	Umland Miete pro qm	Preissteig. 81-90
1 u. 1½	28%	490	11,50	14,7%	18%	431	12,00	34,2%
2 u. 2½	27%	872	13,40	46,4%	31%	710	11,20	46,8%
3 u. 3½	20%	1139	12,30	55,9%	28%	951	10,50	57,2%
4 u. 4½	19%	1527	12,50	60,5%	15%	1053	9,50	42,9%
5 u. 5½	3%	1854	13,30	36,0%	6%	1387	9,90	29,1%
6 u.m.	2%	1753	11,40	34,1%	1%	1713	10,00	22,1%

Tab. 2: Geforderte Mietpreise (in DM je qm Wohnfläche) nach Entfernung der Wohnung vom Stadtzentrum (in km)

Zimmerzahl	bis 1km	1-1,5	1,5-3	3-5	5 u.m.	bis 10	10-15	15-20	üb. 20
1 u. 1½	15,6	6,4	15,1	12,7	11,4	11,9	12,8	11,0	12,1
2 u. 2½	13,7	14,1	13,1	13,6	10,6	12,1	9,4	10,9	11,4
3 u. 3½	14,0	11,9	11,5	12,6	11,6	11,4	9,3	10,4	9,7
4 u. 4½	13,3	12,9	11,8	12,2	11,5	10,7	9,2	9,8	8,8
5 u. 5½*	—	13,2	13,3	13,3	—	11,5	9,5	9,3	8,4
6 u.m.	13,0	9,7	—	10,6	5,3	11,3	10,9	12,2	7,5

Tab. 3: Wohnungsangebot nach Mietpreis (in Preisen von 1989)

Mietpreis DM/qm	Anteile		kumuliert	
	1981 in Prozent	1990 in Prozent	1981 in Prozent	1990 in Prozent
bis 7	11,3	2,2	11,3	2,2
7- 8	12,0	1,7	23,3	3,9
8- 9	15,4	6,1	38,7	10,0
9-10	16,1	10,1	54,8	20,1
10-11	12,7	9,8	67,5	29,9
11-12	10,9	13,4	78,4	43,3
12-13	8,2	13,0	86,6	56,3
13-14	5,4	12,6	92,0	68,9
14-15	4,1	10,7	96,1	79,6
15-16	2,8	6,7	98,9	86,3
16-17	1,1	3,7	100,0	90,0
17-18	—	3,5	—	93,5
üb. 18	—	6,5	—	100,0

Tab. 4: Wohnungsangebot in % nach Zimmerzahl (Stadt Freiburg)

Zimmer	80/81	83/84	89/90
1 u. 1½	29,0	21,5	28,2
2 u. 2½	26,5	31,2	27,4
3 u. 3½	27,9	31,3	20,4
4 u. 4½	12,2	12,1	18,0
5 u. 5½	2,9	2,3	2,8
6 u. mehr	1,7	1,6	2,2

Tab. 5: Wohnungsangebot nach Wohnfläche (Stadt u. Umland)

Fläche (in qm)	80/81 (in %)	83/84 (in %)	89/90 (in %)

<tbl_r cells="4" ix

Aktionen gegen NPD-Parteitag

Wenigstens die geplante Großveranstaltung wurde verhindert

Weinheim. In einem städtischen Saal am 27. Mai der Landesparteitag der NPD statt. Die öffentlich angekündigte Veranstaltung für Großdeutschland mit dem Parteivorsitzenden Mußgnug im gleichen Saal fiel aber — dank der Gegenaktionen — flach.

Die Stadt Weinheim, die sich in der Vergangenheit nicht scheute, faschistische Veranstaltungen im gleichen Saal zuzulassen, hatte den Saal verweigert mit Hinweis auf Art. 139 GG und auf bevorstehende „Randale“ sowie auf das gleichzeitige Jahrestreffen von 3000 schlagenden Verbindungsstudenten des Weinheimer Senioren-Convent. Die NPD klagte, Verwaltungsgericht und VGH verurteilten die Stadt zur Herausgabe des Saals und setzten die geforderte Kautions von 250000 auf 50000 DM herab; und sie lehnten den NPD-Antrag ab, alle Gegenaktionen im Umkreis von 1000 m zu verbieten.

CDU-Philipp bedauerte im Stadtrat, daß „der Rechtsstaat vor der Gewalt der Straße zurückweiche. Was heute die NPD treffe, könne morgen jede andere demokratisch nicht verbotene Partei treffen“. NPD-Kreis- und „Deutsche Liste“-Stadtrat Deckert schob nach, die Stadtverwaltung habe mit dem Durchsickern des Termins einen „ruhigen Parteitag“ verhindert.

Ein breites Bündnis unter Einschluß von kirchlichen Gruppen, DGB, SPD, Stadtjugendring, dem Antifaschistischen Aktionsbündnis usw. führte eine Demonstration am Nachmittag durch, an der sich trotz Sonntag und Ferien 800 Leute beteiligten. Um die Kundgebung gab es Auseinandersetzungen, als die Grüne Kundgebungsleiterin versuchte, autonomen Antifaschismus auszugrenzen. Erst durch Druck von Demonstrationsteilnehmern wurde erreicht, daß die Autonomen einen Kundgebungsbeitrag halten konnten.

Zusätzlich zur Demonstration hatten mehrere örtliche Initiativen dazu aufgerufen, den Parteitag nicht ohne direkten Protest am Saal vorbeiziehen zu lassen. An Kundgebungen an der Halle beteiligten sich morgens 150, nachmittags gegen die öffentliche Veranstaltung knapp 500. Die Polizei riegelte das Gelände weiträumig ab und fuhr mit acht kampfbereiten Hundertschaften, SEK's, Wasserwerfern und Hubschrauber auf — teilweise kurz davor, einen Kessel um die Abschlußkundgebung an der Halle zuzumachen. Bei den Aktionen selbst ließ sich dadurch niemand provozieren. Im Verlauf des Abends kam es aber noch zu einer ganzen Reihe von Festnahmen, als sich Polizei und „City-Boys“ mit autonomen Gruppen anlegten.

Bereits in der Zeit vor dem Parteitag hatte es in Weinheim breite antifaschistische Gegenaktionen gegeben, vor al-

lem auch von Schülerinnen und Schülern vom Ort her getragen:

Grund dafür waren Übergriffe von Neonazis gegen einzelne antifaschistische Menschen: Telefonterror und Morddrohungen, u.a. gegen zwei Schüler, die in einer Schülerzeitschrift einen Artikel „50 Jahre danach“ unterzeichnet hatten; mit Hakenkreuzen und Parolen wie „Rote Ratte“, „Verrecke“ u.ä. beschmierte Hauswände und PKW's; zerstochene Reifen und eingeschmissene Windschutzscheiben gegen bekannte Antifaschisten; Telefonterror auch gegen deren Vermieter mit dem Ziel, daß diese die entsprechenden Mietverträge kündigen sollten.

Schon vor langem waren außerdem erste, aber ständig terminlich wechselnde Gerüchte über am Ort bevorstehende überregionale Skinhead-Treffen insbesondere an Schulen (gerade auch Grundschulen) in Umlauf.

Die SMV's führten eine Antifaschistische Ausstellung durch und beteiligten sich an einem vom Antifaschistischen Aktionsbündnis am 11. Mai als bewußtes Mittel der Gegenmobilisierung mit rund 600 Teilnehmern durchgeführten „Festival gegen Rassismus“.

Am 18. Mai fand eine Demonstration des Aktionsbündnisses statt, zu der von Grünen, IG-Medien, Türkischem Arbeiterverein und diversen Initiativen aufgerufen wurde. Die in den Tagen davor sich überschlagenden Gerüchte über anrückende Skinheads führten dazu, daß diverse Kneipen schlossen und sehr viele vor allem spanische und türkische Eltern ihre Kinder der Schule fernhielten und selbst Urlaub nahmen, um auf ihre Kinder aufzupassen. Viele entfernten (ausländische) Namensschilder an den Briefkästen und Klingeln. Die Container, in denen die Stadt Weinheim eine größere Anzahl von Flüchtlingen untergebracht hat, wurden an dem Tag geräumt, die Flüchtlinge übernachteten in einer Kirche.

Rund 1000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration gegen Nazi-Terror und NPD-Parteitag. Eine Gruppe von Skinheads war in der Stadt, andere Gruppen (u.a. „Taunusfront“ und Kühnens „Adlerfront“) sollen bereits auswärts von der Polizei aufgehalten worden sein. Während der Demonstration kam es zu vereinzelter Auseinandersetzung mit versprengten besoffenen Skinheads.

Erfreulich ist: In die Auseinandersetzung haben sich mehr und neue Kräfte gerade von den Schulen eingeschaltet. Dies soll wohl durch die Hetze gebremst werden, die nun gegen die „auswärtigen Gewalttäter aus der autonomen Szene“ über die Presse läuft. Es wird Kraft kosten, diese Abspaltung zu verhindern. Es sind auf jeden Fall Kräfte da, die das wollen. — (bef)

Bereits in der Zeit vor dem Parteitag hatte es in Weinheim breite antifaschistische Gegenaktionen gegeben, vor al-

JVA Mannheim: Aufstand von über 100 Gefangenen

Mannheim. Drei Gefangene, die auf das Dach des Landesgefängnis in Mannheim geklettert sind und ein Transparent aufgespannt haben, gaben nach über 20 Stunden auf. Tags zuvor, am 1. Juni, veranstalteten über 100 Gefangene auf dem Gefängnishof einen Sitzstreik. Nachdem aber die Polizei groß aufmarschiert war, wichen die Gefangenen in die Zellen. Über die Aktion der Polizei wurde in der bürgerlichen örtlichen Presse berichtet, über die Ziele des Gefangenenaufstandes kaum. Soweit bekannt forderten die Gefangenen: „Solidarität mit Hamburg — humane Haftbedingungen — Ablösung der Anstaltsleitung“. Sie protestierten auch gegen die schlechte Essensversorgung, gegen die ungenügende Zahl der Sozialarbeiter (acht bei ca. 900 Gefangenen) und die schikanösen Kontrollen bei weiblichen Besuchern. — (scr)

Am 9. Juni, 13.00 Uhr: Kundgebung vor JVA Aichach

München. Nachdem im März bereits vor der JVA Straubing eine Kundgebung stattfand, wird jetzt für eine Kundgebung vor dem Aichacher Frauengefängnis mobilisiert. U. a. wird die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen Claudia Wannersdorfer sowie Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen in Spanien gefordert. Außerdem wird gefordert, keine schwangeren Frauen und Frauen mit Kindern einzuknasten. Auch HIV-infizierte Frauen sollen nicht inhaftiert werden. Derzeit läuft immer noch der Untersuchungsausschuß zur JVA Straubing. Sensationelle Ergebnisse sind aber nicht zu erwarten, da die CSU nicht nur die Mehrheit im Ausschuß hat und den Vorsitz, sondern auch viel Erfahrung, wo nötig eine Fassade von „Rechtsstaat“ hinzuzimmern. Die SPD scheint zufrieden, den Untersuchungsausschuß durchgesetzt zu haben. Im Bayernkurier fährt die CSU scharfe Angriffe auf die Grünen wegen deren Knastpolitik. — (chl)

„Stammheim und kein Ende“ Veranstaltung gegen § 129a

Stuttgart. Seit Anfang Mai wird gegen Luitgard Hornstein wegen angeblicher Anschlagsbeteiligung auf den Dornier-Konzern verhandelt. Christian Kluth, der am 22.5. als Zeuge geladen war, stellte auf Fragen nach einer Zusammenarbeit von Widerstand und RAF klar, daß keine organisatorischen, sondern einzige und allein Diskussionszusammenhänge bestehen. Es geht darum, ob diese Diskussion als „Vorbereitung von“ oder „Beteiligung an Anschlägen“ verfolgt werden kann, oder ob eine Beteiligung tatsächlich bewiesen werden muß. An einer Veranstaltung gegen dieses Verfahren und den Kurdenprozeß beteiligten sich 150 Leute, an einer Kundgebung am 26.5. etwa 50. — (evc)

Einstellung des Düsseldorfer Kurdenprozesses

„Langer Protestmarsch“ von etwa 130 Kurden von Bielefeld nach Düsseldorf

Essen. Zu einem Protestmarsch über 200 Kilometer hatte Feyka-Kurdistan aufgerufen. An der Propagandaaktion beteiligten sich etwa 130 Menschen. Er begann am 19.5. in Bielefeld und führte weiter über Gütersloh, Beckum,

Hamm, Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim, Duisburg bis nach Düsseldorf, wo er am 29.5. vor dem Oberlandesgericht endete. Mit dem Marsch wurde eine größere Öffentlichkeit über den Schauprozess informiert.

Am 25.5. trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Protestmarsch, überwiegend Kurden, in Essen ein. Mit einer ersten Kundgebung auf dem Kuriplatz wurden die Forderungen nach sofortiger Einstellung des Düsseldorfer Prozesses und Freilassung der inhaftierten Kurdinnen und Kurden begrüßt. Am 26.5. fand eine ganztägige Kundgebung auf dem Kennedy-Platz in Essen statt.

Hier, wie schon an den anderen Stationen des Marsches, wurde durch Kundgebungsreden sowie durch die Verteilung von Flugblättern und den Verkauf von Literatur die Öffentlichkeit informiert. Auf Ausstellungstafeln wurde das soziale Leben des kurdischen Volkes und der Befreiungskampf dargestellt. Ebenso wurden Spenden für den Befreiungskampf gesammelt.

Die Kundgebungsreden hoben die reaktionäre Tradition der deutsch-türkischen Beziehungen und die aktuelle Rolle der BRD bei der Unterdrückung des kurdischen Volkes hervor. Der kurdische Befreiungskampf hat in diesem Charakter eines Volksaufstandes erreicht, den die Türkei mit allen

Mitteln zerschlagen will. Im Flugblatt, das während des Marsches verteilt wurde, heißt es dazu:

„Dieser Prozeß ist auf Wunsch der kolonialistischen türkischen Regierung zustande gekommen. Seit 1984 entwickelt sich in Nordwest-Kurdistan ein moderner Befreiungskampf ... Dieser hat heute die Stufe eines Volksaufstandes der Massen erreicht. Die kolonialistische Türkische Republik, die unser Land seit über 70 Jahren in grausamster Art und Weise kolonialisiert, ist in ihren Fundamenten erschüttert.“

Aus diesem Grund führt das kolonialfaschistische Regime einen „Spezialkrieg“, in dessen Rahmen sie alle erdenklichen Mittel zur Zerschlagung des Aufstandes anwendet. Dazu gehört auch die Unterbindung und Liquidierung der Solidaritätsarbeit mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan aus dem Ausland. Alleine in der BRD leben über 400000 Kurden, von denen ein beträchtlicher Anteil den legitimen Kampf der PKK-ERNK-ARGK materiell und ideell unterstützt.

In der reaktionären Kontinuität der historischen deutsch-türkischen Be-

ziehungen unterstützt die BRD das kolonial-faschistische türkische Regime mit allen Mitteln und auf allen Ebenen. Der Düsseldorfer Kurdenprozeß ist Teil dieser Unterstützung. Gleichzeitig verfolgt die BRD mit diesem Prozeß, der in vieler Hinsicht ein Pilotprojekt ist, eigene Ziele. So ist die Anklage von angeblichen Straftaten im Libanon, ohne jeden konkreten Bezug zur BRD, der direkte Versuch der Übernahme einer Weltpolizistenrolle. Mit der Einführung der Kronzeugenregelung im Rahmen dieses Prozesses wurde das Recht ein Stück weiter ausgehöhlt.“

Der Marsch stieß bei vielen Menschen auf Interesse. Es konnte erreicht werden, daß in verschiedenen Orten, z.B. in Dortmund und Essen, die Lokalredaktionen der großen bürgerlichen Tageszeitungen vom Marsch berichteten. In Dortmund berichtete auch der Lokalfunk sowie das Regionalfernsehprogramm von WDR III. Wenig Unterstützung fand der Marsch dagegen bei westdeutschen Organisationen und Verbänden, was angesichts des erfolgreichen Verlaufs der Aktion um so bedauerlicher ist. — (syb)

Weitere Kurden angeklagt vor dem Oberlandesgericht Celle

Celle. Im Spätsommer oder Frühherbst beginnt vor dem OLG Celle ein Prozeß gegen drei Kurden wegen § 129a StGB, angeblich Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ innerhalb der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan). Die Anklage enthält dieselben Punkte wie im Düsseldorfer Kurdenprozeß, wie dieser richtet sich auch der in Celle gegen den kurdischen Befreiungskampf. Einer der Angeklagten befindet sich in Haft, zwei sind auf Kautions auf freien Fuß gesetzt. Auch in Celle werden ganz willkürlich einzelne Kurden auf die Anklagebank gebracht. Einer der Angeklagten war bereits in Düsseldorf angeklagt, dann wurde das Verfahren eingestellt, jetzt wieder aufgenommen. Es genügt, für den Befreiungskampf in Kurdistan einzutreten, um als „Terrorist“ auf der Anklagebank zu landen. Mit der Überschrift „Kurdische Terroristen in Celle vor Gericht“ werden die Angeklagten in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 8.5.90 vorverurteilt. Während der Düsseldorfer Prozeß weit hinter der Terminplanung hinterherhinkt und öffentlich ins Gerede kommt, besteht die Gefahr mit dem zweiten Prozeß in Celle und eventuell noch einem dritten in Koblenz, der von der Bundesanwaltschaft beantragt ist, daß die Verteidigung erschwert, die Solidarität und öffentliche Aufmerksamkeit zersplittert wird. Es könnte passieren, daß bestimmte Komplexe aus der Anklage in Celle schneller und im Sinne der Bundesanwaltschaft „erfolgreich“ abgehandelt werden und dann als „gerichtsbekannt“ in den Düsseldorfer Prozeß eingeführt werden. So könnte leicht versucht werden, die Verteidigung weiter zu erschweren. — (kek)

Knastrebellion in Hamburg wird brutal verfolgt

Hamburg. Am 1. Juni, dem fünften Tag, ist die Rebellion in der Vollzugsanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel angesichts eines massiven MEK-Aufgebots und der Verdoppelung des Vollzugspersonals zusammengebrochen. Die Forderungen der Gefangenen sind auf die lange Bank geschoben. Hatte der Justizsenator Curilla noch während der Verhandlungen den Verzicht auf jegliche Sanktionen zugesagt, wird jetzt nach Ende der Rebellion brutal diszipliniert: Besuchsverbot über Pfingsten, Kontaktsperrre, kein Hofgang oder Umschluß — und zwar für alle. 17 Beteiligte sind auf unbestimmte Zeit in Isolationshaft, acht weitere an unbekannte Orte verlegt. Blanker Zynismus ist die Begründung des Staatssterrors: der liberale Strafvollzug in Hamburg dürfe nicht gefährdet werden. — (mek)

Offener Brief der VVN/BdA Wuppertal

Köln. Bei einer Wahlveranstaltung der REP am 26.4. in Wuppertal kam es zu einem massiven Polizeieinsatz. Die Stadt hatte öffentliche Räume zur Verfügung gestellt. Dagegen protestierte jetzt die VVN in einem Offenen Brief an den Bürgermeister u.a. Sie erinnert, daß 1989 der Stadtrat eine Resolution gegen das Wiedererstarken neofaschistischer Organisationen verabschiedet hätte. Dem müßten auch Taten folgen. Tatsache sei, daß die Stadt Wuppertal für eine antifaschistische Veranstaltung Räume in der VHS nicht zur Verfügung gestellt hat. Deshalb die eindringliche Forderung: Keine städtischen Räume und öffentlichen Plätze für Neofaschisten! Off. Brief der VVN-BdA Wuppertal — (u.b.)



Köln. Die CDU ist generell an Übertritten von den Republikanern interessiert. Rainer Reusch (Bild links, neben Harald Neubauer beim singen des Deutschlandliedes) erhielt im Oktober ein Stadtratsmandat der Republikaner. Vor einigen Monaten trat er dort aus, behielt aber sein Ratsmandat. Jetzt stellte er einen Antrag auf Mitgliedschaft bei der CDU. Die will darüber nach den Bundestagswahlen entscheiden. — (jöd)

Flensburger Nazi-Arzt wütet weiter

Psychiatrische Untersuchung von Nazi-Arzt Pedersen?

Flensburg. Es ist erstaunlich, was man sich alles leisten kann, wenn man als Faschist bekannt ist. Dies ist der Fall bei dem dänischen Arzt H. C. Pedersen, bisher wohnhaft in Sörup. Nachdem er monatelang keine Miete gezahlt hatte, wurde er vor drei Wochen schließlich zwangsgeräumt.

Während der von einem Großteil der Gemeinde beobachteten Räumung ließ er wieder wütende Hetziraden und Lobhudeleien auf den „Führer“ los. Pedersens Vater mietete für ihn ein Haus im Nachbardorf, dessen Bewohner sofort in Aufregung über diesen neuen „Mitbürger“ gerieten.

Im November 1989 entzog nach langeren Auseinandersetzungen das Kieler Sozialministerium dem Nazi-Arzt die Approbation, weil dessen rassistische Äußerungen das Ansehen des ärztlichen Berufsstandes gefährdeten. Dies wurde kürzlich vom Oberwaltungsgericht Lüneburg bestätigt. Mit der Durchsetzung der ministeriellen Entscheidung war es schlecht bestellt: laut Pedersen praktizierte er „in Einzelfällen“ weiter. In über 20 Verfahren beschäftigten sich Staatsanwaltschaft und Gerichte mit Pedersens und seiner Frau u.a. wegen Beleidigung, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Körperverletzung. Im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung um So-

zialhilfe und der Zuweisung einer Billigwohnung beging Frau Pedersen Hausfriedensbruch bei der Gemeinde, ihr Gatte warf einen Stein durchs Fenster und tobte auf der Kreisverwaltung. Die Gerichtsverfahren ziehen sich über Jahre hinweg — nach Aussagen der Staatsanwaltschaft und Kripo, weil Pedersen alle Möglichkeiten der Verteidigung und Verzögerung bis zum Exzeß ausnutzte.

Nachdem Pedersen vor kurzem wieder einmal prügelnd auf Nachbarn und Passanten losgegangen war, schlossen sich Söruper Bürger in einer Interessengemeinschaft mit dem Ziel der „Förderung und Pflege der Demokratie, der Bürgerrechte und der Menschlichkeit“ zusammen. Da sie von der Justiz zwar rasche Unterstützung erwarteten, aber nie erhalten, setzen diese Menschen Hoffnungen auf die psychiatrische Begutachtung Pedersens, die vom Sozialministerium bereits im Juni 1989 angeordnet, bisher aber nicht durchgeführt worden ist. Zuletzt hatte der leitende Amtsarzt des Kreisgesundheitsamtes Pedersen ohne Erfolg vorgeladen. Für eine Zwangsvorführung sah er allerdings keinen Grund.

Ob unzurechnungsfähig oder nicht, Pedersen genießt den Schutz des Rechtsstaates, gerade weil er Faschist ist. — (ans)

Ziel: Aufkauf von DDR-Betrieben

Krupp Widia gründet extra eine Beteiligungsgesellschaft

Essen. Der Krupp-Konzern und einzelne Krupp-Unternehmen haben in den letzten Monaten mehrere Vereinbarungen zur „Zusammenarbeit“ mit DDR-Betrieben abgeschlossen. Die Perspektive ist der Aufkauf ganzer Betriebe. Vorreiter ist die Krupp Widia GmbH in Essen, die bereits im Februar einen Kooperationsvertrag mit dem Hartmetallwerk Immelborn abschloß, dem mit 1500 Beschäftigten größten Hartmetallersteller in der DDR. Danach soll noch in diesem Jahr ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet werden.

Zu diesem Zweck hat Krupp Widia Anfang Mai eine eigene Gesellschaft gegründet, die HW Hartmetall- und Werkzeugtechnik Beteiligungsgesellschaft mbH. Ihr Gegenstand ist laut Handelsregister „der Erwerb von Unternehmen und das Halten von Beteiligungen an Unternehmen, die auf dem Gebiet der Hartmetall-, Werkzeug-, Magnet- und Medizintechnik in der DDR tätig sind“. Zum Geschäftsführer wurde ein Mitglied der Geschäftsleitung von Krupp Widia bestellt.

Schon vorher waren Angestellte der Verkaufsabteilungen von Krupp Widia zwecks Marktanalyse in die DDR geschickt worden. Zusammen mit Ingenieuren des Hartmetallwerks Immelborn inspizierten sie dessen Kunden. Dr. Fröhlich, Vorsitzender der Geschäfts-

leitung von Krupp Widia, kam anschließend zu dem Schluß, daß die DDR „einer der wichtigsten Märkte für Krupp Widia in Europa“ sei. Darüberhinaus geht es um die Verbindungen der DDR zu anderen RGW-Ländern.

Mit dem Aufkauf des Hartmetallwerkes Immelborn ist für den Krupp-Konzern jedoch mehr verbunden: Das Hartmetallwerk Immelborn wurde 1944 als ausgelagerte Betriebsabteilung von Krupp Widia aufgebaut. Es wurde nicht zuletzt deswegen enteignet, weil der Krupp-Konzern maßgebliche Verantwortung für den Hitler-Faschismus und den Zweiten Weltkrieg trug. Dieser Schritt wäre durch die Wiedereinverleibung des Werkes in den Konzern rückgängig gemacht.

Bei der letzten Betriebsversammlung, noch während des Tarifkampfes, gab es nicht nur Kritik an der von den Kapitalisten geforderten „Opferbereitschaft“ für den Anschluß der DDR. Der Betriebsrat kritisierte auch die zu erwartenden Folgen des Betriebsaufkaufs in der DDR. Wie viele Beschäftigte befürchtet er Produktionsverlagerungen und Rationalisierungsmaßnahmen auf beiden Seiten sowie Lohndruck. Wenigstens solche Folgen will er abwehren. Dazu fanden auch Gespräche mit Gewerkschaftsgremien in Immelborn statt. — (wof)

Metro nimmt Kündigung des Betriebsrates zurück

Hannover. Der Schweizer Metro-Konzern hat am 28.5.90 die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden der Geha-Pelikan-Werke zurückgezogen. Den Streit um gemeinsame Betriebsratswahlen in beiden Werken Geha und Pelikan hatte der Konzern vor dem Landesarbeitsgericht in Hannover verloren, eine gemeinsame Wahl mußte durchgeführt werden. Der Metro-Konzern wollte durch Zerlegung der Werke für jedes Werk getrennte Betriebsratswahlen erzwingen und so die Position des Betriebsrats schwächen. In dieser Auseinandersetzung wurde der Betriebsratsvorsitzende gekündigt. Nach zahlreichen Solidaritätsbekundungen mußte der Konzern offenbar einlenken. Bei den Betriebsratswahlen erzielte der gekündigte Betriebsrat ein Ergebnis von 90,5 Prozent. — (rec)

Metall: Mehr Wochenend- und mehr Schichtarbeit

Stuttgart. Nach einer Umfrage der IGM hat sich die Gruppe der Schichter von 22,5 Prozent (1985) auf 26,2 Prozent 1989 vergrößert. Und während 1985 erst knapp 18 Prozent der Metallbetriebe versetzte Arbeitszeiten praktizierten, waren es 1988 schon 30 Prozent. Eine Untersuchung des Ifo-Instituts in München vom Herbst 1989 ergab, daß die durchschnittliche Betriebszeit in der Metallerzeugung und -verarbeitung im Einschichtbetrieb pro Woche von 40,3 Stunden (1984) auf 39,7 Stunden sank, im Mehrschichtbetrieb jedoch von 108 auf 122,1 Stunden stieg. Die Gesamtbetriebszeit kletterte in diesem Wirtschaftszweig von 58,6 Stunden auf 61,1 Stunden. — (ros)

Einladung zur Arbeitstagung öffentl. Dienst am 23./24.6.90

Köln. Folgende Arbeitsgemeinschaften laden ein: AG für antifaschistische Bildungspolitik, AG für antifaschistische Kommunalpolitik, AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik sowie der BWK. Folgender Ablauf ist geplant:

Anreise: Samstag-Vormittag bis 11 Uhr Beginn mit einem Referat. Thema: Der öffentliche Dienst im Spannungsfeld von Beschäftigteninteressen und den Interessen der Leistungsempfänger: — Kapitalinteressen in Bezug auf den öffentlichen Dienst im Widerspruch zu den Interessen der Leistungsempfänger und Beschäftigten; — Der Widerspruch zwischen Dienstherrn und Leistungsempfänger; — Der Widerspruch zwischen Dienstherrn und Beschäftigten; — Der Widerspruch zwischen Leistungsempfängern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst; — Widersprüche unter den Beschäftigten; — Widersprüche zwischen den Einrichtungen und den Kostenträgern.

Nach der Mittagspause: Diskussion im Plenum; nach der Kaffeepause: Aufteilung in die Arbeitsgruppen:

— Aktuelle Tarifauseinandersetzungen. Tarifbewegung 90/91, was muß gefordert werden?

— Auswirkungen des Marktes auf den ö.D.; insbesondere Konfrontation mit Zielen der Frauenbewegung Samstagabend (geplant): Diskussionsveranstaltung mit einer Vertreterin der §-218-Initiativen: „Frauenbewegung und öffentlicher Dienst“

Sonntag, 8 Uhr: Fortsetzung der Arbeitsgruppen; ca. 10 Uhr: abschließendes Plenum.

Ort: Köln: Jugendgästehaus an der Schanz, Anmeldung: GNN, Zülpicher Str. 7, 5 Köln 1, ☎ 0221-21 6442



Hamburg. Mit Warnstreiks und einer 24-stündigen Betriebsbesetzung haben sich die Beschäftigten der Firma Crawford/Krueger in Halstenbek gegen Umstrukturierung und Entlassungen gewehrt. Erster Erfolg: Crawford erkennt den Tarifvertrag der Metallindustrie an, der Betriebsrat hat Votorecht bei Entlassungen erhalten. — (uji)

Zunehmende Armut in Stuttgart

Oberbürgermeister Rommel kündigt verschärftes Ausgrenzung an

Stuttgart. Am 14.5. wurde der Sozialhilfebericht der Stadt vorgelegt. 6 % aller in Stuttgart lebenden Menschen haben 1988 Sozialhilfe bezogen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl derer, die dauernd Einkommen unterhalb der

Sozialhilfegrenze haben, auf fast 22000 mehr als verdoppelt. OB Rommel kündigt eine weitere Senkung der Ausgaben an und droht, „der bereits erreichte Standard könnte möglicherweise nicht überall aufrecht erhalten werden“.

Der Sozialhilfebericht will einen Überblick über „Erscheinungsformen, Ursachen, Folgen und Ausmaße“ von Armut und die von der Stadt bereitgestellten Mittel geben. Er stellt fest, daß am schlimmsten betroffen alleinerziehende Frauen und — infolge der scharfen Differenzierung auf dem Arbeitsmarkt und zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit — jüngere Männer sind. Neben den amtlich registrierten Armen — 1988 haben 31000 Menschen Sozialhilfe in irgend einer Form bezogen — haben viele Einkommen, die knapp über der Sozialhilfegrenze liegen, und müssen davon noch aus Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidungen oder ähnlichen Umständen resultierende Schuldenberge abtragen; viele liegen darunter und verzichten aus Unkenntnis oder Scham auf ihnen zustehende Leistungen. An zahlreichen Beispielen wird gezeigt, daß die drückende finanzielle Lage durch vielfältige Diskriminierungen immer noch verschärft wird. „Sozialhilfebedürftigkeit — als Ausdruck einer extremen finanziellen Notlage — ist oft erst die letzte Station eines Verarmungsprozesses ... „Armut“ umfaßt diesen gesamten Problem-

komplex, als eine extreme soziale Benachteiligung oder eine — oft kumulative — Unterversorgung in den verschiedensten Lebensbereichen: Wohnen und Infrastrukturelle Versorgung im Wohnumfeld, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, Gesundheit und Gesundheitsversorgung, soziale Integration, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Wahrnehmung sozialer Rechte ...“ Der Bericht fordert Maßnahmen u.a. zur Integration in den Arbeitsmarkt, zur Behebung der Wohnungsnutzung, zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der Lebensbedingungen im Stadtteil. Er sagt aber auch, daß der Spielraum der Kommunen sehr begrenzt ist, „daß einerseits allgemeine Lebensrisiken über die Sozialhilfe nur notdürftig abgesichert sind, andererseits ... die Kassen der Kommunen aber so belastet werden, daß diese an der Bereitstellung einer angemessenen sozialen Infrastruktur gehindert werden.“

OB Rommel hat in seinem Vorwort zu dem Bericht, der mit einer Fülle von Zahlen, Fakten und Beispielen zeigt, daß für immer mehr Leute ein menschenwürdiges Leben nicht gesichert ist,

ein Programm der drastischen Verschärfung sozialer Leistungen angekündigt. Was nach der Finanzierung der „Wiedervereinigung“ und „Pflege der Wirtschaftskraft“ übrig bleibe, will er differenziert einsetzen. Diese „nicht angenehme, aber notwendige Aufgabe“ wird den örtlichen Sozialhilfeträgern zugewiesen. Differenziert wird zwischen den „unmündigen Opfern“, denen Solidarität und Hilfe gebühren und den anderen, die sich nur „mehr anstrengen“ müßten. Man kann sich leicht vorstellen, was da an weiteren Schikanen, Demütigungen und Zwangsmassnahmen auf alle zukommt — auf die Betroffenen, die sich unter der Drohung von Verelendung und Arbeitsdienst für unmündig erklären und ihre Schuldlosigkeit beweisen müssen und auf die, die mit dem Anspruch zum Helfen bei örtlichen Sozialbehörden tätig sind und akzeptieren müssen. Die geplanten Maßnahmen gegen Asylbewerber und die Vertreibungskampagne gegen Obdachlose, die aus Stuttgart „hinausgesäubert“ werden sollen, zeigen die Richtung.

Quelle: Sozialhilfebericht für die Stadt Stuttgart — (evc)

Wege- und Rüstzeiten:

In Hamburg im Öffentlichen Dienst finanziell abgegolten

Hamburg. Die seit Mitte 1986 andauernde Auseinandersetzung um die Wege- und Umkleidezeit ist beendet. Am 26.4.90 hat die ÖTV mit der „Freien und Hansestadt Hamburg“ für alle Beschäftigten in öffentlichen Krankenanstalten und Heimen eine Regelung für die Abgeltung der Wege- und Rüstzeiten vereinbart.

Alle Beschäftigten, die nicht in Gleitzzeit arbeiten und deren Wege- und Rüstzeiten aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen nicht im Dienstplan enthalten sind, bekommen zukünftig und rückwirkend ab 1.1.1990 einen Betrag von 130 DM monatlich als Pauschale und eine einmalige Abschlagszahlung von 65 DM ab 1.5.88 (ingesamt bis April 1990 also 1820 DM). Auszubildende bekommen wie üblich die Hälfte, entsprechend 65 DM monatlich ab 1.1.90 und 32,50 DM monatlich ab dem 1.5.88.

Bei den Teilzeitbeschäftigen soll anteilig nach Arbeitstagen pro Woche gezahlt werden, denn eine Halbtagskraft, die jeden Tag für vier Stunden kommt, muß jeden Tag Wege zurücklegen und sich umziehen.

Ein wichtiger Bestandteil der Vereinbarung ist die durchgesetzte Dynamisierung. Die Pauschale steigt bei jeder prozentualen Erhöhung bei späteren Tarifabschlüssen mit.

Die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaft ÖTV war, die Wege- und Umkleidezeit (BAT § 15,7) als Freizeitausgleich zu gewähren und dort, wo das aus Personalmangel nicht möglich sein sollte, als Überstunden zu vergüten, was aus den Urteilen des Bundesarbeitsgerichts folgen würde. Die klagenden Kolleginnen und Kollegen hatten ja ihren Anspruch auf Überstundenvergütung geltend gemacht und bestätigt bekommen.

In der gewerkschaftspolitischen Diskussion spielte der Aspekt eine große Rolle, daß bei der Umsetzung des § 15,7 eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich zwei Stunden heraußkäme, mehr als durch die vergangenen Tarifabschlüsse. Die Schaffung neuer Stellen wäre besser zu überblicken gewesen, da im Durchschnitt je zehn Kollegen eine halbe neue Stelle fällig gewesen wäre. Ohne Personalausgleich wären mit den Wege- und Umkleidezeiten wie durch alle anderen bezahlten Überstunden auch fehlende Stellen dokumentiert worden.

Auch nach der getroffenen Vereinbarung soll die Pauschale nur dann fortfallen, wenn der Arbeitgeber Personalausgleich schafft. Ausmaß und Umstände unterliegen der betrieblichen Mitbestimmung durch die Personalräte, die von einigen Krankenhausleitungen noch nicht einmal detaillierte Angaben über besetzte und unbesetzte Stellen in den

Abteilungen erhalten. Die Verhandlungspartner haben nämlich festgestellt, daß eine tarifgemäße Umsetzung der BAG-Urteile „wünschenswert“ wäre.

Da aber „zusätzlicher Personalbedarf im Pflegebereich zumindest kurzfristig nicht zu decken ist, ... haben sich ÖTV und Freie und Hansestadt Hamburg gewünschten gesehen, übergangsweise eine finanzielle Abgeltung zu vereinbaren“.

Da jetzt für Hamburg der BAT § 15,7 gegen eine Pauschale plus Nachzahlung eingetauscht wurde, war dieser Abschluß unter den Kollegen nicht ganz umstritten. Bei den unteren Lohngruppen fand er aus naheliegenden Gründen (die Löhne reichen vorn und hinten nicht mehr!) breite Zustimmung, da sie finanziell besser abschneiden als bei tarifgemäßer Umsetzung.

Kritik kam vor allem aus den Bereichen, die unter der großen Arbeitsetze noch mehr leiden als unter dem niedrigen Lohn. Sie sahen damit faktisch die 38,5 Stundenwoche aufgehoben, sozusagen gegen Geld in eine 40 Stundenwoche eingetauscht. Der Vorteil einer Überstundenvergütung wäre ja gewesen, daß immanent ein Anspruch auf Personalausgleich bestanden hätte. Folglich wurde das vor allem aus dem Pflegebereich kritisiert.

Diese sehr hitzig geführte Mitgliederdebatte hat eines deutlich gemacht. In der nächsten Lohntarifrunde kommt ein Ergebnis unter 130 Mark nicht in Frage. Andernfalls werden die Bereiche, die dringend das Geld brauchen, beim Versuch des Arbeitgebers, die Pauschale fortfallen zu lassen, gegen Personalausgleich auftreten müssen, obwohl auch in den unteren Lohngruppen die Arbeitsintensität gewaltig gestiegen ist.

Erfreulich war in Hamburg der Entscheidungsprozeß der ÖTV, die versucht hat, durch Fragebogenaktionen in den einzelnen Kliniken ein Meinungsbild herzustellen, was dann mehrheitlich für die Pauschalzahlung ausfiel.

Einer der wenigen Vertrauensleute, der dieses Verhandlungsergebnis abgelehnt hatte, war der im AK Harburg. Hier wird befürchtet, daß die Arbeitgeber versuchen werden, diese reale Gehaltserhöhung auf die nächste Tarifrunde zu verrechnen und vor allem, daß die gesundheitszerstörende Arbeitsetze weiter ungehemmt steigen kann, weil dadurch nicht eine einzige der dringend notwendigen Stellen geschaffen wird. Die gestiegene Arbeitsetze würde eher durch diese Zulage legitimiert.

Zudem liegt der Verdacht nahe, daß ähnlich wie in München — der Arbeitgeber eine Art Ballungsräumzulage, die er irgendwann eh hätte bezahlen müssen, recht lukrativ gegen den § 15,7 BR eingetauscht hat. — (muc, fm, 466 Hamburg)



Karlsruhe. Gegen die Einführung der vom Kultusministerium für das Schuljahr 1991/92 geplanten Eliteschulen demonstrierten am 19.5. 40 bis 50 Schüler. An zunächst vier Gymnasien in Baden-Württemberg sollen „Modellversuche“ gemacht werden, die Schulzeit auf zwölf Jahre zu verkürzen. Vorgesehen sind eine „anspruchsvolle Eignungsprüfung“, vier Fremdsprachen und vier statt zwei Leistungskurse. — (map)

Aus Ländern und Gemeinden

Ministerin fordert von Ärzten Schnüffeldienste beim § 218

Stuttgart. Die Sozialministerin Schäfer hat der Landesärztekammer eine „Handreichung für Ärzte und Beratungsstellen zum Schutz ungeborener Kinder“ übermittelt, vor allem eine Zusammenstellung von reaktionären Gerichtsentscheiden à la Memmingen. Arzte, die zur Indikationsstellung nach § 218 aufgesucht werden, sollen sich bei der Prüfung einer allgemeinen Notlage „nicht nur auf das Vorbringen der Frau verlassen“. Sie müßten vielmehr „Ermittlungen“ über die „gesamten persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Frau“ anstellen und dazu auch „die Personen anhören, die zur Beseitigung der Notlage beitragen können, also Ehemann, Eltern, andere Angehörige, einen Kollegen, etwa den Hausarzt“. Auch beim Arbeitgeber sei zu ermitteln, ob eine schwerwiegende Notlage den Schwangerschaftsabbruch rechtfertige. Die Richtlinien stoßen auf Protest. **Schwandner**, Abgeordneter der Grünen, will auf der Vertreterversammlung der Landesärztekammer, die bisher bloß „gewisse Vorbehalte“ anmeldete, einen Beschuß gegen die Handreichungen erreichen. — (alk)

Aussiedler-Infoblatt nicht an Westberliner Schulen

Westberlin. Die Schulsenatorin hat den Bonner Zeitbild-Verlag aufgefordert, das Unterrichtsmaterial „Deutsche Aussiedler ein Gewinn für unser Land“ nicht mehr an Westberliner Schulen zu senden. Die Senatorin reagierte damit auf eine Anfrage der AL im Abgeordnetenhaus zu dem in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zur Verteilung an Schulen herausgegebenen Faltblatt. Die AL hatte angegriffen, daß die DDR als „Mitteldeutschland“ bezeichnet und behauptet wird, „Deutschland (ist) an Oder und Neiße nicht zu Ende: Es besteht in seinen Grenzen vom 31.12.1937 fort und umfaßt die alten deutschen Gebiete Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien.“ — (ard)

Erste Ergebnisse der Verhandlungen SPD/Grüne

Hannover. Einiges spricht dafür, daß die SPD die Grünen stark unter Druck setzen kann. Bisher wesentliches positives Signal ist die beabsichtigte Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer bereits zu den Kommunalwahlen 1991. Pferdefuß ist hier der „Vorbehalt“ Bundesverfassungsgericht. In der „Rechtspolitik“ scheint sich die SPD durchgesetzt zu haben. Ein Schwerpunkt „Bekämpfung der Drogenkriminalität“ ist nicht geeignet, fortgeschrittliche Akzente zu setzen. Da hilft auch das Motto „Hilfe statt Strafe“ wenig, wenn nicht einmal die Auflösung des „Landesrauschgittkommandos“ festgelegt wurde. Wo doch die Grünen die Auflösung von Sonderheiten der Polizei gefordert hatten. Auch der Verfassungsschutz bleibt. Allerdings: „Die Praxis der Berufsverbote hört auf“ (Schröder). Heißt das Einstellung aller Opfer der Berufsverbote oder nur Abschaffung der Regelanfrage? Krach gibt es um die Finanzierung von Lernmitteltheit und Einstellung von Lehrern. Der „Ausstieg“ aus dem Atomprogramm ist ohne Zeitangabe angekündigt. — (mo)

Wüste Hetzkampagne gegen Expo-Gegner

Hannover. Mit einem einwöchigen Trommelfeuer machte sich die Hannoversche Allgemeine Zeitung zum Handlungshelfer des Bundeskriminalamtes und der Staatsschutzabteilung der hannoverschen Polizei. Im Visier: Gegner der geplanten Weltausstellung in Hannover. Nach einem Anschlag auf das Pariser Weltausstellungsbüro wurde lanciert, daß der „hochdeutsche Akzent“ einer Beteiligten die Mittäterschaft von Leuten aus Hannover beweise. Darauf wurden dann vom Landeskriminalamt „gut 100 Personen aus der sogenannten autonomen Szene“ als mögliche Täter benannt und die Bevölkerung auf einer Pressekonferenz des BKA zu Besitzierung und Blockwartmentalität aufgefordert. — (rec)

Schülerinnenzeitung in Niedersachsen verboten

Hannover. Die niedersächsische Schülerinnenzeitung „Das Bömbchen“ wurde von zwei Bezirksregierungen und 24 Schulleitern mit Vertriebsverbot belegt, weil in ihr enthaltene Artikel über Drogen, Homosexualität, Kirche und Kriegsdienstverweigerer beanstandet worden sind. Die Redakteurinnen sowie die „Junge Presse Niedersachsen“ kritisieren das Verbot als einen Eingriff in die Meinungsfreiheit und als Zensur. 10000 Exemplare der Zeitung waren bereits gedruckt und ihre Verteilung an 100 Schulen war geplant worden. Bisher konnte die Zeitung nur an elf Schulen verteilt werden. — (ibm)

Kurdistan: Antrag der Grünen im Bayerischen Landtag

München. Noch vor zwei Jahren wurde im Bayerischen Landtag im Zusammenhang mit dem Verbot einer Informationsveranstaltung über den kurdischen Befreiungskampf zwar die Unterdrückung der Informationsfreiheit kritisiert, aber noch nicht die Verwicklungen der BRD in den türkischen Kolonialkrieg angeprangert. Mit diesem Antrag versucht die Fraktion der Grünen, der Entwicklung des kurdischen Unabhängigkeitskampfes gerecht zu werden: „... Der Landtag ist bestürzt über die jüngsten Ereignisse im kurdischen Teil der Türkei ... ist überaus besorgt über die jetzt einsetzende Vertreibung der Kurden aus ihrer angestammten Heimat und über die weitere Einschränkung demokratischer Rechte durch die verschärfenden Maßnahmen der Ausnahmegesetze wie Zensur, Abschaffung der Pressefreiheit, Zwangsumsiedlungen sowie Abbau der gewerkschaftlichen Rechte und der Rechtsstaatlichkeit ... protestiert aufs schärfste gegen die Massenverhaftungen in Türkei-Kurdistan und verurteilt den jetzt bekannt gewordenen Beginn der Zwangsumsiedlungen und Pressionen gegen die Zivilbevölkerung ... fordert die Staatsregierung auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, auf die türkische Regierung einzuhören, daß die menschenverachtende Unterdrückung des kurdischen Volkes endlich eingestellt wird ... fordert die Staatsregierung auf, bei der Bundesregierung unverzüglich vorstellig zu werden, damit jegliche Unterstützung und Ausbildungshilfe für die türkische Armee durch bundesdeutsche Dienststellen eingestellt wird.“ — (AK Kurdistan München)

Mehr Geld für soziale Grundversorgung

Mieterverein gegen Mietpreisexplosion, Wucher mieten, Umwandlungsspekulation

München. Die Mitgliederversammlung des Mieterverein München e.V. — mit über 32 000 Mitglieder einer der größten Mietervereine in der BRD — hat auf der Jahreshauptversammlung am 30. Mai einen 10-Punkte-Plan gegen die Wohnungsnot beschlossen.

Um die Mietpreisexplosion in München einzudämmen werden von der Bundesregierung gesetzgeberische Sofortmaßnahmen zum Schutz der Mieter verlangt. Gefordert wird die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete unter Berücksichtigung von allen Mieten und nicht nur der teuersten der letzten drei Jahre, die Beschränkung der Mieterhöhungen auf höchstens 5 Prozent im Jahr (bisher 30 Prozent in drei Jahren) und die Beschränkung des Mietzinses bei Neuvermietungen auf die Größe von der ortsüblichen Vergleichsmiete plus 10 Prozent. Der Antrag eines DKP-Mitglieds, Mieterhöhungen fast gänzlich auszuschließen und bei einem Mietwechsel den bisherigen Mietpreis einzufrieren, sowie bei neuerrichteten Wohnungen die ortsübliche Vergleichsmiete als Mietzins festzusetzen erhielt nur knapp zwanzig Stimmen. Der Vorstand des Mietervereins hatte sich gegen diesen Antrag mit dem Argument ausgesprochen, daß dies nicht durchsetzbar sei.

Dieses Argument trifft insofern zu, daß diese Forderung ohne größere Einträge in die Eigentumsrechte der Wohnungs- und Grundstückskapitalisten nicht zu realisieren ist. Das Verhältnis von Bund, Ländern und Kommunen — also Verfassungsgrundsätze — ist davon stark betroffen. Hätte die Stadt München — wie der Bundesgesetzgeber — das Recht auf die Mieten Einfluß zu nehmen und sie zu begrenzen, dann wären Appelle nach Bonn nicht nötig. Der

Stadtrat hätte schon längst das Nötige beschließen können.

Der Antrag mit der Aufforderung an den Stadtrat, für alle städtischen Wohnungsgesellschaften den gemeinnützigen — nicht an Gewinnen orientierten — Status zu garantieren wurde dann aber mit großer Mehrheit angenommen. Die städtischen Wohnungsunternehmen sind im Besitz von rund 50 000 Wohnungen und dieser Antrag berücksichtigt die Niederlage der Neuen-Heimat-Mieter in Bayern. Die Bildung einer kommunalen Auffanggesellschaft mit Beteiligung des Freistaates Bayern konnte gegen die CSU — aber auch FDP und Republikaner — nicht durchgesetzt werden. Der Freistaat war nicht bereit dafür einen Anteil von 300 Mio. DM bereitzustellen und hofft jetzt, daß der von Bankkrediten abhängige Käufer gezwungen wird, Marktpreise für die Wohnungen anzustreben. Die soziale Grundversorgung wird damit weiter zerstört.

Immer deutlicher zeigen diese Vorgänge auch, daß das Recht auf Wohnen ohne eine kommunalisierte Wohnungswirtschaft für große Bevölkerungsgruppen nicht größerer Besitz nicht gesichert ist. Das bestehende Wirtschaftsverbot für Kommunen sichert auf dem Immobiliensektor explodierende Mieten, sprunghaft steigende Preise und eine sich schamlos ausbreitende Goldgräbermentalität von Parasiten der Wohnungswirtschaft.

In den politischen Anforderungen an den Münchner Stadtrat und die Stadtverwaltung nimmt diese Sicherung und Verbesserung der sozialen Grundversorgung jetzt einen immer größeren Platz ein und die Abhängigkeit der Stadt von Entscheidungen des Freistaates und des Bundes werden spürbar. So hielt die

Stadt München bisher 23 Prozent Beteiligung an der Flughafen-GmbH. 51 Prozent sind im Besitz des Freistaates, der Rest beim Bund. Die Stadt mußte fast ein Viertel des 4,6 Mrd. Mark teuren Großflughafens mitfinanzieren. Die Verschuldung bei den Banken nahm bedrohliche Dimensionen an. Ein Ausstieg aus der Flughafen-GmbH und aus der Messesegesellschaft soll die Finanzlage bessern.

Um die Finanzlage der Stadt zu verbessern wird jetzt auch an eine Erhöhung der Gewerbesteuer — die 15 Jahre stabil war — gedacht. Der Stadtrat hat begonnen die finanzielle Rahmenplanung für die Jahre 1990 bis 1994 zu bearbeiten. Noch vor der Sommerpause soll entschieden werden. Das Investitionsprogramm umfaßt ein Volumen von 5,44 Milliarden DM. Wenn der Freistaat seine „Politik der Aushungerung“ fortsetzt, dann kommt die Erhöhung der Gewerbesteuer. Die „soziale Grundversorgung“ zum Beispiel mit Kindergartenplätzen müsse vor Großprojekten Vorrang haben. Ganz im Gegensatz hierzu setzt der Finanzreferent der Stadt auf die Erhöhung von Gebühren, Hundesteuer, Feuerschutzabgabe. Die Wirtschaft soll durch eine „aktive Gewerbeplänenpolitik“ und stabile Steuern gefördert werden.

Am 30.5.90 endete ein Gespräch zwischen der Stadt und dem Freistaat ergebnislos. Die Forderung nach einem Beitrag zur Gesamtkonsolidierung des städtischen Haushalts lehnten die Minister Tandler (Finanzen) und Lang (Wirtschaft) ab.

Quellen: versch. Ausgaben der Süddeutschen Zeitung, Antragsmaterial der MV des Mietervereins, Münchner Perspektiven — Wohin treibt die Weltstadt mit Herz? Serie Piper 1990 — (dil)



Im Bayernkurier hetzt Gauweiler Ausgabe für Ausgabe gegen das Kommunalwahlergebnis in München. Mit Vergleichen wie — der SPD-Unterbezirk München hat seinen Wunschkandidaten und München die linkste Stadtregierung seit den Tagen der Räterepublik — fordert er Faschisten zu reaktionären Umtrieben geradezu heraus.

2,3 Prozent für Faschisten im Niedersachsen Faschistische Parteidemokratisierung nach den Landtagswahlen keineswegs erledigt

Hannover. Erfreulich ist, daß die faschistischen Republikaner bei den niedersächsischen Landtagswahlen deutlich ihr Wahlziel verfehlt haben. Mit jetzt 61 974 Zweitstimmen verloren sie gegenüber den Europa-Wahlen 1989 über 108 000 Stimmen. Mit dazu beigebrachten hat der antifaschistische Widerstand in Niedersachsen. Viele Wahlveranstaltungen der Republikaner fanden gegen öffentlichen Widerstand statt, einige wurden gar verhindert. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, daß das Stimmergebnis für faschistische Parteien „vernichtet“ ausgefallen sei,

die im Landesdurchschnitt erzielten 2,3 %, knapp 96 000 Zweitstimmen, sprechen dagegen.

Ein Grund, daß die Republikaner als faschistische Sammlungspartei wenig erfolgreich waren, ist die große Zersplitterung des faschistischen Lagers. 14 Organisationen, die FAP hatte nach der Annahme durch den Landeswahlausschuß ihre Kandidatur zurückgezogen. Sechs davon (Partei Bibel-

treuer Christen, ÖDP, die Unabhängigen, Deutsche Solidarität, Deutsche Familien-Partei und die Demokratischen Republikaner Deutschlands) erhielten 0,1 %, die NPD 0,2 % und die Republikaner 1,5 % im Landesdurchschnitt.

Daß die faschistischen Organisationen keineswegs schwach sind, wird auch daran deutlich, daß die NPD in 36 von 100 Wahlkreisen mit jeweils 100 gültigen Unterstützungsunterschriften Direktkandidaten aufstellen konnte. Für die NPD hat sich dies mit 9 387 Erststimmen gegenüber 8 219 Zweitstimmen ausgezahlt. Bis zu 1,1 % konnten Direktkandidaten erzielen. Die Republikaner, die in sieben weiteren Wahlkreisen Direktkandidaten stellten, erhielten 6 019 Erststimmen. Ihre Zweitstimmen holten die Reps flächendeckend. Auf die 100 Wahlkreise verteilt sich das wie folgt:

0,6 bis 0,9 % in 11 Wahlkreisen; 1,0 bis 1,5 % in 48 Wahlkreisen; 1,6 bis 2,0 % in 27 Wahlkreisen; 2,1 bis 2,5 % in 13 Wahlkreisen und ihr höchstes Ergebnis erzielten die Republikaner im Wahlkreis

Rotenburg mit 3,8 % der Zweitstimmen (bei 5,3 % der Erststimmen). Auffallend ist, daß die Republikaner im katholischen Südoldenburg, wo die CDU ihre Direktkandidaten verteidigen konnte, weit unter Landesdurchschnitt abschneiden. Ergebnisse weit über Landesdurchschnitt erzielten sie in Städten wie Celle, Hameln, Peine, Goslar und Neustadt. Mit dem Wahlergebnis und über 300 000 DM an Wahlkampfkostenförderung haben die Republikaner eine Basis für ihre Kandidatur zu den bevorstehenden Kommunalwahlen im Herbst 1991.

Das vor den Landtagswahlen von der NPD den Republikanern angebotene Bündnis, welches nicht zustande kam und darüber es bei den niedersächsischen Republikanern weitere Aufspaltungen gab, steht im faschistischen Lager nach den Wahlen nun neuerlich zur Diskussion. Die Achtung faschistischer Politik und die Verhinderung ihrer Parteidemokratisierung bleiben nach wie vor Aufgaben der antifaschistischen Widerstandes. Die Kommunalwahlen geben Möglichkeiten, diesen Widerstand wählbar zu machen. — (gec)

DKP und PDS zum DDR-Anschluß und kommenden Wahlen

Ein Wahlbündnis der sozialistischen Kräfte in der BRD und ein Wahlbündnis der PDS und anderer sozialistischer Kräfte in der DDR sind möglich

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung hatten wir über den Aufruf linker, alternativer Kommunalwahlbündnisse in Baden-Württemberg für ein linkes Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen berichtet und den Aufruf dokumentiert. Namentlich die Wülfrather Konferenz der DKP und die PDS wurden darin aufgefordert, „sich aktiv für das Zustandekommen eines solchen Bündnisses einzusetzen“. Wir dokumentieren im folgenden die Beschlüsse der Wülfrather Konferenz der DKP und Materialien der aktuellen Diskussion in der PDS. Auf der Konferenz in Wülfrath waren neben 324 Mitgliedern der DKP u.a. Vertreter der PDS, der Nelken, der KPD aus der DDR, der Sozialisti-

schen Initiative (vormals SEW) aus Westberlin, der MLPD, des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, der VSP, des BWK und der Grünen anwesend. Die Vertreter des BWK unterstützten auf der Konferenz den Aufruf der baden-württembergischen Kommunalwahlbündnisse und traten dafür ein, in der BRD auf ein sozialistisches Wahlbündnis hinzuwirken. Im Falle gesamtdeutscher Wahlen könnte solch ein sozialistisches Wahlbündnis in der BRD mit der PDS, Nelken u.a. aus der DDR zusammen antreten. Die Diskussion um programmatiche Fragen eines solchen Wahlbündnisses sollte begonnen und die Bildung von Landeslisten vorbereitet werden. Die

Konferenz der DKP in Wülfrath traf keine Entscheidung über Kandidatur und Form, aber ließ immerhin die Möglichkeit offen, sozialistische Wahlbündnisse zu bilden. Auch daß die DKP sich auf dieser Konferenz entschieden hat, Widerstand gegen die imperialistische Großdeutschlandpolitik zu ihrer Politik zu machen, erleichterte die Bildung eines solchen Bündnisses verschiedenster sozialistischer Kräfte. Die PDS, deren Parteivorstand erklärt hat, er wolle die DDR-PDS nicht exportieren, will im September auf einem Kongress über ihr weiteres Vorgehen beraten und will dazu auch westdeutsche Organisationen einladen. —(alk, rül)

Thesen zum Herangehen der DKP an die Bundestagswahl

DKP-Konferenz in Wülfrath am 24. Mai (324 Anwesende) bei drei Gegenstimmen als Diskussionsgrundlage beschlossen

1. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich eine rasche Folge von Bundestagswahl in der Bundesrepublik (2.12. 1990), Landtagswahlen in der DDR (2.12. 1990) und gesamtdeutsche Wahl (Dezember 1990, Januar 1991 oder später) ab. Wir wenden uns gegen die Verlegung der Bundestagswahl auf das Jahr 1991 oder gegen ihre Ersetzung durch gesamtdeutsche Wahlen.

Ungeachtet der Meinungsunterschiede zwischen CDU/CSU/FDP und der SPD in der Bundesrepublik geht es bei dem angestrebten Wahltermin um kurze Fristen. Man muß heute davon ausgehen, daß gesamtdeutsche Wahlen zügig angestrebt und durchgeführt werden.

2. Der Prozeß, der sich in der DDR vollzieht, ist unbeschadet der früheren Hoffnungen und Absichten der demokratischen und linken Kräfte in der DDR ein Prozeß der Rekapitalisierung der DDR. Das künftige Gesamtdeutschland, das am Ende des Prozesses aus heutiger Sicht stehen wird, wird ein Staat und eine Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage sein, in dem die arbeitenden Menschen energisch ihre sozialen und demokratischen Rechte verteidigen bzw. erobern müssen. Schon heute ist absehbar, daß das Kräfteverhältnis in diesem Prozeß zugunsten des Großkapitals und seiner ökonomischen und politischen Macht weiter verschoben werden wird.

3. Der Ausgang der Landtagswahlen in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen hat die SPD nach vorn gebracht bzw. ihre Stellung gefestigt. Die Bundesratsmehrheit der CDU/CSU/FDP ging verloren, was die Kampfbedingungen für die Entwicklungsperiode verbessert, bei der Kräfte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ihre Vorstellungen von demokratischer und sozialer Entwicklung deutlicher einbringen können als bei Stärkung und Fortbestand der gegenwärtigen Bonner Koalition der CDU/CSU.

4. Vor diesem Hintergrund finden wahrscheinlich die Bundestagswahlen und die gesamtdeutsche Wahl statt.

Es kann den linken und demokratischen Kräften in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein, wie sich das parlamentarische Kräfteverhältnis durch die Wahlen gestaltet. Die DKP ist entschieden dafür, daß die linken und demokratischen Kräfte der CDU/CSU und FDP eine Niederlage bereiten. Könnte dies bei der Bundestagswahl erreicht werden, wären die Ausgangspositionen für die linken, demokratischen Kräfte bei den gesamtdeutschen Wahlen verbessert.

Zugleich geht es darum, die begonnenen Gespräche über Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns der Fortschrittskräfte zu der gesamtdeutschen Wahl voranzubringen.

Mit Blick auf die Bundestagswahl bringt die DKP ihre politischen Vorstellungen ein. Sie kämpft entschieden für die sozialen, demokratischen, antifaschistischen, ökologischen und Friedensforderungen der arbeitenden Menschen. Sie entwickelt ein Wahlprogramm oder Thesen zur Wahl, in die unsere Haltung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten eingeht und die einen realistischen Weg weisen, wie Bevölkerungsinteressen gegen Kapitalinteressen zur Geltung gebracht werden können.

Für das konkrete Herangehen steht die DKP vor folgenden Entscheidungsmöglichkeiten:

1. Die DKP greift in den Wahlkampf nach besten Kräften ein. Sie kandidiert mit offenen Landeslisten und dort mit DirektkandidatInnen, wo Voraussetzungen geschaffen werden können.

Mit einer Kandidatur steht sie für ihre Positionen und wirbt um Stimmen für die DKP.

2. Die DKP arbeitet aktiv am Zustandekommen eines Wahlbündnisses zur Bundestagswahl. Im Falle eines solchen Bündnisses ist die DKP bereit, ihre eigene Kandidatur zurückzuziehen.

3. Die DKP greift politisch in den Wahlkampf ein, kandidiert selbst nicht und ruft auf, SPD oder/und Grüne zu wählen.

4. Die DKP fällt keine bundesweite Entscheidung, sondern empfiehlt, entsprechend der regionalen und örtlichen Bedingungen aktiv für das Zu-

standekommen von Wahlbündnissen einzutreten.

Auf der zweiten Parteivorstandstagung der DKP wurde nach der Diskussion zum Herangehen an die Bundestagswahl ein Meinungsbild hergestellt:

„Unter Abwägung aller heute erkennbaren Bedingungen plädiert der Parteivorstand für die Vorbereitung der eigenständigen Kandidatur der DKP, für das Bemühen um ein linkes Wahlbündnis und für die Rücknahme der Eigenkandidatur, wenn ein Bündnis zustandekommt.“

Das Eingreifen in die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Monate ist die beste Vorbereitung auf eine mögliche Kandidatur bzw. auf die aktive Einflußnahme auf die Wahlauscheidung.

Die letztendliche Entscheidung über die Form der Wahlpolitik soll im September '90 erfolgen.“ Die Wülfrather Parteikonferenz versteht diese Beschlusffassung gleichzeitig als Aufforderung an die Kreise und Bezirke, Inhalte und Formen ihres Eingreifens in die Wahlen zu diskutieren und konkrete Initiativen zu ergreifen. Der Parteivorstand wird beauftragt, unabhängig von den Entscheidungen schon jetzt die Grundlage für eine mögliche Eigenkandidatur zu schaffen.

Im Rahmen einer erweiterten Parteivorstandstagung wird unter Einbeziehung der Bezirke im September eine Entscheidung in der Kandidaturfrage beschlossen. Dem Parteivorstand, den Bezirken und Kreisen wird empfohlen, vor September auf Landes- und Bundesebene Beratungen mit anderen linken Kräften durchzuführen und zu prüfen, ob die Bildung von sozialistischen Wahlbündnissen möglich ist.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Politik der DKP

Auszüge aus der politischen Entschließung der Wülfrather DKP-Parteikonferenz am 24. Mai 1990 zur Deutschlandpolitik

1. Die politische Landkarte Europas wird in diesen Tagen verändert. Eine vierzigjährige Phase relativer Stabilität geht zu Ende. Eine neue Konstellation ist im Entstehen.

Im Zusammenhang mit den Veränderungen der Nachkriegsordnung in Europa ist auch die „deutsche Frage“ auf die Tagesordnung gesetzt worden. Es zeichnet sich ab, daß die Existenz zweier deutscher Staaten mit antagonistischer Gesellschaftsordnung, die ein Ergebnis des vom faschistischen Deutschland ausgelösten Weltkrieges und des kalten Krieges war, zu Ende geht und sich die Vereinigung in Form einer kapitalistischen Eingliederung vollzieht.

Diese Art der „Wiedervereinigung“ trifft auf den Widerstand der DKP. Wir lehnen sie ab, auch wenn wir wissen, daß sie bereits Stück für Stück vollzogen wird und daß damit ein neuer Rahmen für zukünftige Kämpfe um Demokratie und Sozialismus geschaffen wird, der neue Chancen eröffnen kann.

Diese weitreichenden Entwicklungen betreffen nicht nur die Deutschen. Sie berühren weltweit alle Völker, sie fordern die Linke in Europa zu politischen Antworten heraus.

Für die DKP sind die Veränderungen Veranlassung, ihre bisherigen politischen Positionen neu zu bestimmen.

2. Die gegenwärtige Lage in den beiden deutschen Staaten ist u.a. charakterisiert durch die tiefgreifenden Umwälzungen in den sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, durch die ökonomische und politische Krise in der DDR, durch den Zusammenbruch des administrativ-bürokratischen Systems des Sozialismus und durch das Aufbegehen der Bevölkerung in der DDR. Dies alles setzt das Thema der staatlichen Einheit Deutschlands in neuer Weise auf die Tagesordnung ...

Eine traditionelle imperialistische Stoßrichtung des deutschen Kapitals geht auf die Eroberung osteuropäischer Märkte mit dem Ziel wirtschaftlicher Dominanz und deren Sicherung durch politische Abhängigkeit. Unter den sich heute bietenden Chancen ist der osteuropäische Markt ein geeignetes Objekt westdeutscher Expansionsstrategien.

Nach den strategischen Planungen des westdeutschen Imperialismus sollen zunächst die weit entwickelten bisher sozialistischen Staaten (DDR, CSSR) Investitionsfeld und Absatzmarkt werden, für die sich eine Strategie ähnlich der des amerikanischen Marshall-Plans nach dem Zweiten Weltkrieg angebotet. Dann sollen die weniger entwickelten, noch stärker agrarischen Länder (Ungarn, Polen) als Hinterland und Reserve in den eigenen Einflußbereich einbezogen werden. — Dies alles mit Blick auf den zukunftsträchtigen Markt der Sowjetunion, in der schrittweise die

sozialistischen Eigentumsverhältnisse ausgehöhlt und abgebaut werden müßten, um den Bedürfnissen des westlichen Kapitals Rechnung zu tragen.

Das westdeutsche Kapital hat sich für diese langfristige Strategie entschieden, die sein Streben nach Vorherrschaft im europäischen Raum der EG ergänzt.

Die ökonomische, geographische und politische Drehscheibe für diese wirtschaftliche Expansionsstrategie wird die DDR bilden. Das Interesse der herrschenden Kreise in der BRD richtet sich darum primär in der nächsten Zeit auf die Kontrolle und Angliederung der DDR.

3. Zur Durchführung seiner imperialistischen Strategie bedient sich das westdeutsche Kapital u.a. der nationalen Frage ...

Rechte und nationalistische Kreise in der BRD, aber auch die SPD-Führung, orientieren auf einen Anschluß der DDR an die BRD. Sie wollen diesen unter Ausschaltung realer Mitwirkung der werktätigen Bevölkerung organisieren. Sie wollen der DDR das ökonomische und politische System der BRD aufzwingen und damit die sozialistischen Eigentumsverhältnisse der DDR und deren politische, soziale und kulturelle Errungenschaften beseitigen. Sie wollen die Grenzfragen, vor allem mit Polen, offenhalten.

Die rechten Konzeptionen zielen auf die Verhinderung eines alternativen, sozialistischen Entwicklungsweges auf deutschem Boden und würden im Falle ihres Erfolges den Frieden weniger sicher machen ...

4. Ein unter der Führung der BRD vereinigtes Deutschland wird ein internationaler Machtfaktor sein, der verständlicherweise die Ängste der europäischen Nachbarn und aller ehemaliger Kriegsgegner weckt.

Dennoch ist nicht anzunehmen, daß die europäischen Staaten auf die Dauer die Angliederung der DDR an die BRD durch ein Veto verhindern werden. Dazu wäre nur eine starke Sowjetunion in der Lage; die Sowjetunion ist aber in innere ökonomische und politische Schwierigkeiten verwirkt. Das dürfte ihre Fähigkeiten verringern, dem imperialistischen Expansionsstreben so wirkungsvoll entgegenzutreten, wie es erforderlich wäre ...

5. Auf diesem Hintergrund entwickeln gehen unsre deutschlandpolitischen Positionen von folgenden Gesichtspunkten aus:

— Eine Einverleibung der DDR stößt auf den entschiedenen Widerspruch der DKP.

— Wir gehen jedoch realistisch davon aus, daß die Vereinigung beider deutschen Staaten bereits eingeleitet ist und in absehbarer Zeit erfolgen wird.

— Wir gehen davon aus, daß dieser Prozeß unter starker imperialistischer Dominanz verläuft und

dafür die revolutionären und linken Kräfte in Europa zunächst in eine defensive Position zwingt.

Dennoch können die progressiven Kräfte in der BRD auch Elemente der Friedenssicherung, der Entmilitarisierung, des Antifaschismus, des sozialen und kulturellen Fortschritts in den Prozeß der staatlichen Einigung einbringen ...

6. Als kommunistische Partei der BRD haben wir davon auszugehen, welche demokratischen nationalen, sozialen, politischen und kulturellen Zielsetzungen den Interessen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Klassen und Schichten nutzen. Wir wollen alles erhalten und ausbauen, was dem Frieden dient, was dem sozialen, ökologischen und kulturellen Fortschritt dient, was eine antifaschistische Grundorientierung umfaßt und was neue Voraussetzungen für den Sozialismus auf deutschem Boden erhält.

Als internationalistische Partei treten wir zugleich gegen eine Entwicklung ein, die mit einer Einverleibung der DDR die Operationsbasis des BRD-Imperialismus zur Expansion nach Osten und Westen, zur Ausbeutung der Dritten Welt ... erweitern würde.

Unter Beachtung der vorstehenden Gesichtspunkte ist die Grundfrage der heutigen Entwicklung von BRD und DDR aus unserer Sicht:

In welchen Stufen verläuft eine Vereinigung beider deutscher Staaten, welchem Zeithorizont folgt sie, welche Kräfte wirken darauf ein und welche Inhalte setzen sich demzufolge durch? Und wie können wir auf die Gefahr eines imperialistischen, nationalistischen, ökonomisch, politisch, militärisch aggressiven Gesamtdeutschland einwirken, indem wir demokratische, antifaschistische, soziale und friedensorientierte Elemente in den Prozeß einbringen?

Wir müssen angesichts des Kräfteverhältnisses in der DDR davon ausgehen, daß der Anschluß der DDR nach Artikel 23 verlaufen wird. Das erschwert die demokratische Einflußnahme, bedeutet faktisch einen Anschluß der DDR.

Wir streben demgegenüber, was die Verantwortung der BRD betrifft, die Anwendung von Artikel 146 Grundgesetz als politisches Ziel an ... Bereits die Durchsetzung der Anwendung dieses Artikels wird demokratische Bewegungen erfordern, in deren Verlauf der Verfassungsinhalt ... zum Gegenstand demokratischer Diskussionen werden und der politischen Einwirkung der demokratischen Kräfte zugänglich gemacht werden könnten.

Unabhängig vom konkreten Weg der Vereinigung (Artikel 23 oder Artikel 146) treten wir für eine Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten über die Vereinigung und streben eine Verfas-

sungsdiskussion mit Änderungen der Verfassung an (z.B. soziale Grundrechte, Schutz der Umwelt erhält Verfassungsrang, Recht auf eigenbestimmten Schwangerschaftsabbruch, Recht auf Streik, Verbot der Aussperrung, Volksentscheid).

Auf jeden Fall müssen die neu entstehenden Realitäten unserer Auffassung nach vertraglich geregelt werden. Ein Friedensvertrag oder ein entsprechendes Vertragswerk der vier Siegermächte mit der BRD und der DDR bzw. mit einem vereinigten Deutschland ist, eingebettet in den KSZE-Prozeß, das sicherste Mittel, mit dem die effektive Mitwirkung der europäischen Nachbarn gesichert werden kann.

7. Die Verhinderung des Anschlusses der DDR, mehr noch die Durchsetzung einer demokratischen Lösung der aktuellen Fragen wird eine breite demokratische Bewegung in der BRD und in der DDR erfordern.

In Verbindung damit gehen wir davon aus, daß es im realen Prozeß der Annäherung von BRD und DDR auch zu einer Neuformierung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Linken kommt ...

Der Denkansatz und die theoretischen Erkenntnisse, die geistige Potenz und die praktischen politischen und organisatorischen Erfahrungen der einzigjährigen deutschen kommunistischen Bewegung müssen weiterentwickelt und gegen den Druck der Rechtskräfte verteidigt werden. Dazu ist nicht nur die weltanschauliche und politisch-ideologische Selbständigkeit und Unabhängigkeit, sondern auch der eigenständige organisatorische Zusammenschluß der Kommunistinnen und Kommunisten auf deutschem Boden unerlässlich.

Wir treten ein für eine verstärkte gleichberechtigte Zusammenarbeit und für Bündnisse zwischen unserer Partei und der PDS und allen antikapitalistischen und linken Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten in beiden deutschen Staaten. Eine politische und organisatorische Neuformierung der revolutionären Linken unterstützen wir, wenn sie aus dem praktischen politischen Prozeß hervorgeht und eine reale tragfähige Grundlage gewinnt.

8. Nur im praktischen politischen Eingreifen müssen sich die demokratischen Kräfte in der BRD und in der DDR formieren ... Wir streben deshalb die Intensivierung der politischen Diskussion ... zum Aktion zur Deutschlandpolitik an ... Die Parteikonferenz beschließt eine Unterschriftenaktion mit zu initiieren, die eine Erarbeitung einer neuen Verfassung fordert, die mit einer Volksabstimmung abgeschlossen wird ... (Anmerkung: Ergänzend zu dieser Entscheidung beschloß die Konferenz u.a., daß die DKP für Streichung von Artikel 23 GG eintritt.)

Gysi: Nachdenken über den Beitrag in einem künftigen Deutschland

Aus dem Referat des Parteivorsitzenden der PDS vom 12. Mai / In die Rekapitalisierung unserer Gesellschaft soziale und demokratische Elemente einbringen

Als neue Partei stehen wir zukünftig unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen vor der Aufgabe, uns auch ein neues, natürlich in spezifischen Traditionen stehendes Selbstverständnis zu erarbeiten. Das heißt, wir müssen uns verständigen über Ziele, Aufgaben und Wirkung einer neuen sozialistischen Partei unter den Bedingungen.

a) daß ein als Sozialismus deklariertes Gesellschaftsmodell gescheitert ist und der Sozialismus als gesellschaftliche Zielvorstellung in breiten Teilen der Bevölkerung deshalb diskreditiert wurde und

b) daß eine Rekapitalisierung auf dem jetzigen Boden der DDR stattfindet, die auch bei zunehmenden sozialen Konflikten mit einem breiten konservativen Wertewandel in breiten Teilen der Bevölkerung verbunden ist und sein wird.

Das heißt aktuell: Die noch zunächst gegebene Möglichkeit und unsere politische Zielvorstellung, in der DDR den Sozialismus zu reformieren, was übrigens voraussetzt, daß es bereits eine Form gab ... muß durch eine neue Strategie ersetzt werden. Zunächst kann es uns nur darum gehen, in die Rekapitalisierung unserer Gesellschaft möglichst viele solcher sozialen und demokratischen Elemente einzubringen, die fortschrittliche Ansätze für die Interessenvertretung der Bevölkerung auch unter kapitalistischen Bedingungen einschließen ...

Der gescheiterte Versuch, einen sozialistischen Weg zu beschreiten, hat auf jeden Fall auch vorwärtsweisende Elemente hervorgebracht, die wir nicht einfach preisgeben sollten. Das betrifft Antifaschismus, internationale Solidarität, Engagement für Frieden und Abrüstung und viele unverzichtbare soziale Leistungen ...

Auch ein Neubeginn beim theoretischen Selbstverständnis

Klar ist wohl, daß die lebensbedrohenden globalen Probleme der Menschheit, also die Verhinderung von Kriegen, Rüstungen, die Überwindung der Unterentwicklung vieler Länder, die Lösung ökologischer Fragen heute den Vorrang haben. Also ist klassenübergreifende Zusammenarbeit nötig, da es um die Erhaltung der Gattung Mensch geht ...

Wir treten für radikale Reformen mit revolutionärem Anspruch zur Verwirklichung der sozialistischen Ideale ein. Wenn nun zwar reformierte, aber dennoch kapitalistische Verhältnisse auf uns zu kommen, so wird es die Aufgabe der Linken sein, für die denkbare demokratischste, ökologischste, sozialste und humanistischste Lösung innerhalb dieser Verhältnisse zu streiten und gleichzeitig Kriterien künftiger Gesellschaftsstrukturen zu entwickeln. Denn die herrschenden Interessen der westlichen Industriestaaten stehen im Gegensatz zu



Dresden, Dezember 1989: Demonstration gegen Kohl-Besuch

den globalen Menschheitsinteressen. Jeder Fortschritt in Fragen der Abrüstung, der Ökologie, der sozialen Gerechtigkeit und der gerechten Weltwirtschaftsordnung muß gegen herrschende Interessen erkämpft werden. Die Menschheit wird jedoch nicht überleben, wenn sie ihre Interessen nur im Kampf gegen herrschende Interessen durchsetzen kann. Damit steht als objektive Notwendigkeit die Frage nach solchen gesellschaftlichen Strukturen, die andere herrschende Interessen erzeugt, die den Menschheitsinteressen entsprechen oder zumindest nahekommen. Und da letztlich ökonomische Interessen die herrschenden Interessen maßgeblich bestimmen, ist dies zunächst eine Frage nach ökonomischen und Eigentumsverhältnissen ...

Entwicklung eines modernen Verständnisses von linker Politik

Hinsichtlich des politischen Grundprofils sollte die PDS neu durchdenken, wie sie sich als Partei des Demokratischen Sozialismus links neben der SPD oder als Linkspartei oder als sozialistische Partei versteht. Das Links-Rechts-Schema ist mißdeutig. Nicht alles, was als links bezeichnet wurde, erwies sich als fortschrittlich. Und nicht alles, was aus dem Bereich des Konservatismus herrührt, erwies sich als fortschrittsbremsend ...

Im künftigen Parteienpektrums könnte die PDS als linke und sozialistische Kraft einen geachteten Platz erringen, wenn es ihr gelingt, den demokrati-

schen Sozialismus als Bewegungsrichtung des gesellschaftlichen Fortschritts zu begründen, als ökonomischen, sozialen, politischen, ökologischen, geistig-kulturellen, globalen und andefen Fortschritt. Der Realsozialismus scheiterte vor allem deshalb, weil es ihm nicht gelang, alles Fortschrittliche der bisherigen Menschheitsgeschichte zu verstehen, in sich aufzunehmen und weiterzuentwickeln, zum Beispiel Ware-Geld-Beziehungen, Individualität, Rechtsstaatlichkeit, Entfaltung und Ausgleich der Interessenvielfalt, Demokratie und anderes mehr.

Maßstab des Fortschritts ist letzten Endes die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit im Kontext mit Gesellschaft, Menschheit und Natur. Die Vielfalt fortschrittlicher Ideen überall aufzuspüren und in realpolitische Schritte umzusetzen, das muß letztlich zum Inhalt linker und sozialistischer Politik werden.

In vielen Punkten — Individualität, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Naturbewahrung — hat die PDS keine anderen Werte als andere politische Parteien, wohl aber andere Vorstellungen über deren Inhalt und deren Realisierungswege ...

Das spezifisch strategische Profil der PDS als linke Kraft des demokratischen Sozialismus und ihr marxistischer Ansatz ergeben sich letztlich daraus, daß das Eintreten für gesellschaftlichen Fortschritt nicht von der Demokratisierung des Eigentums an Produktionsmitteln und von der

Interessen der nicht über das große Eigentum Verfügenden getrennt werden.

Orientierung auch auf die neuen sozialen Schichten

Die PDS hat nur eine Perspektive, wenn sie sich auf die vielfältigen und darunter auch die neuen sozialen Schichten und deren Interessen orientiert, sowohl innerhalb der Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger als auch hinsichtlich eines modernen Fortschrittsdenkens von Unternehmern und Selbstständigen. Soziale Schichten und Gruppen, die für politisches Handeln an Bedeutung gewinnen, sind zum Beispiel Arbeiter in modernen Technologiebetrieben, Ingenieurgruppen und Meister, Mitarbeiter im Dienstleistungssektor, die neu entstehenden selbständigen Mittelschichten, Frauen inner- und außerhalb des Berufslebens, Ausländer, Lehrlinge und Studenten, Intellektuelle usw. Keinesfalls würde eine einseitige Orientierung auf die Arbeiterklasse politikwirksam sein. Man muß die Berufsbilder und spezifischen Identifikationen ansprechen.

Die PDS sollte sich dabei nicht allein als Partei der sozial Schwachen profilieren, obwohl das ein wichtiger Gesichtspunkt bleibt. Die PDS sollte sich nicht nur für die Verlierer des deutschen Einigungsprozesses einsetzen, sondern kann auch an die Hoffnungen und neuen Chancen, die mit der deutschen Einheit verbunden sind, anknüpfen ...

Klar ist: Wir gehen auf kapitalistische Verhältnisse zu

Wir gehen in der DDR und im Vereinigungsprozeß auf kapitalistische Verhältnisse zu. Wir dürfen in unseren Reihen nicht der Illusion nachhängen, das sei noch zu verhindern. Wir haben uns darauf einzustellen. Wir haben andererseits gegen die Illusion in manchen Teilen der Bevölkerung anzugehen, kapitalistische Verhältnisse brachten der Mehrheit der Menschen nur Vorteile ...

Das heißt auch und nicht zuletzt: Die Freiräume für die Interessenvertretung der Werktagen, die unter solchen Bedingungen bestehen, klar zu erkennen und zu nutzen und auszuweiten ... aus: Neues Deutschland, 16. Mai 1990

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel. 0221/21 16 58 Konferenz: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeindewirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 443 93 600

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Verstandsstellen richten.

Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lötzter; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Stephan Berndt; für Spezialberichte: Alfred Küstler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbände Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalisierungen, Nachrichtenverbund bayerischer Betriebs- und Lokalisierungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AG der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilage hinweis: Vierteljährlich Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Döhre 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM, Jahresabo: 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenengen in der BRD, 8 S., 0,80 DM, Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

Für eine neue, demokratische deutsche Republik

Erklärung des Parteivorstands der PDS vom 12./13. Mai / Diskussion mit Linken in der DDR, der BRD und Westberlin

Der Prozeß der deutschen und europäischen Einigung ist Realität. Er bietet die einmalige historische Chance, daß aus ihm eine neue, demokratische deutsche Republik hervorgeht. Wir wollen diese Chance nutzen, um an Stelle eines hegemonialen Großdeutschlands für eine Republik zu streiten, die in Frieden und guter Nachbarschaft mit allen Völkern lebt.

Wir wollen eine Republik,
— die nicht die Nato stärkt, sondern Teil einer europäischen, blockübergreifenden Friedensordnung ist und den Weg der Entmilitarisierung beschreitet;
— in der soziale Rechte und Absicherungen im Sinne der von der Volkskammer verabschiedeten Sozialcharta, das Recht auf Arbeit sowie des gewerkschaftlichen Kampfes und das Aussprungsverbot gesichert sind;
— die eine Wirtschaftsordnung anstrebt, die an sozialen, demokratischen, ökologischen und Gleichstellungskriterien orientiert ist und sich nicht auf Kosten der Bevölkerung der dritten Welt entwickelt;
— in der Kultur und Medien rechtlich und mate-

riell geschützt sind;
— die im Sinne der Gewährleistung unmittelbarer Demokratie basisdemokratische Strukturen als plenaristische Elemente auf allen Ebenen fordert;
— in der die Gleichstellung der Geschlechter herrscht und die Frauenrechte gesichert und entwickelt werden;

Dieses Ziel läßt sich nicht ohne eine wirksame demokratische Linke verwirklichen. Deshalb rufen wir die Mitglieder unserer Partei, alle Demokraten auf deutschem Boden, in Europa und auf anderen Kontinenten auf, sich in die Diskussion über eine neue, demokratische deutsche Republik einzubringen. Wir erwarten von dieser Aussprache auch Antworten nach dem künftigen Platz unserer Partei in einem einheitlichen Deutschland und im sich einigenden Europa.

Die geschichtliche Erfahrung bis in die Gegenwart unterstreicht, daß die Parteien im Rahmen breiter Bewegungen entscheidende Faktoren politischer Willensbildung in bürgerlichen Demokratien sind. Wir fühlen uns den arbeitenden Menschen verpflichtet. Will die demokratische Linke eine relevante Kraft in einem künftigen Deutschland sein, braucht sie eine ausstrahlende, moderne sozialistische Partei, die sich konstruktiv in das gesamte Spektrum von Parteien und Bewegungen einordnet. Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen.

Unsere Überlegungen sind nicht vordergründig auf die kommenden gesamtdeutschen Wahlen fixiert. Wir wollen die DDR-PDS nicht exportieren. Beginnen wir mit einem intensiven Diskussionsprozeß aller linken und oppositionellen Kräfte über die künftige neue, demokratische deutsche Republik, zu gesellschaftlichen Alternativen. Große Erwartungen setzen wir dabei in die Beteiligung der europäischen und internationalen Linken.

Wir werden
— zielstrebig die politische, programmatische und organisatorische Erneuerung der PDS fortsetzen;
— auf allen Ebenen den Diskussionsprozeß mit linken, demokratischen und oppositionellen Kräften in der DDR, der BRD und Westberlin mitgestalten;
— gemeinsam ein Programm für eine neue deutsche Republik erarbeiten und erstreiten;
— Bürgern der BRD und Westberlins die Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung in der PDS über Kontaktbüros und Freundeskreise eröffnen;
— unseren Erneuerungskongreß im September 1990 allen öffnen, die Interesse an dieser Diskussion haben, um Bilanz zu ziehen und uns über das Vorgehen der PDS im künftigen Deutschland zu verstündigen;
— Initiativen zur breiten Vorbereitung und Durchführung eines Oppositionskongresses unterstützen;
— angesichts der Bedeutung der BRD-Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 sowie deren Ergebnisse für den Verlauf des deutschen Einigungsprozesses die Positionen unserer Partei aktiv in die Debatte einbringen.

Zitiert nach UZ, 25. Mai 1990

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

o 10 Ausgaben für 10 Mark (Schein beilegen) zum Kennenlernen.

o im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).

o im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).

o Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift

Ensenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

12/90



Baller und seine Kolonne

Spur der Steine: Ein Rührstück für Spontis

Der erste Eindruck von dem jetzt in verschiedenen Kinos gezeigten DEFA-Film von 1966 (er soll in der DDR kurz nach Erscheinen wegen angeblich „anarchistischer Tendenzen“ abgesetzt worden sein) ist der eines kitschigen Rührstücks: Sie konnten zusammen nicht kommen... Er: Parteimitglied, Ingenieur, verheiratet, ein Kind, ist auf eine Großbaustelle geschickt, um dort den Bau zu leiten. Sie: junge Architektin, Tochter eines hohen Parteimitglieds, die angebliche väterliche Laufbahnhilfe ausschlägt, um auf der gleichen Baustelle zu arbeiten. Sie bekommt von ihm ein Kind, er scheut die Scheidung und den Skandal, so daß sie große Scherereien wegen „unmoralischem Lebenswandel“ bekommt, weil sie den Vater nicht nennen will. Als die Sache dann am Ende doch auffliegt, reicht die Frau

des Ingenieurs die Scheidung ein, er kriegt ein Parteiverfahren wegen unmoralischem Lebenswandel und wird als Bauleiter abgesetzt, sie flüchtet mit Kind nach Ostberlin. Der Parteisekretär des Bezirks, der zur Auflösung des Dramas gerufen wird, kann nur noch den Scherbenhaufen feststellen. Das zumeist jugendliche Uni-Publikum im Kino war ergriffen.

Eingebaut in dieses Melodram ist eine andere Geschichte: Die des Baukolonnenführers Baller, trinkfest, draufgängerisch, für jede Rauferei zu haben, auch in die Architektin verlebt. Baller opponiert gegen jeden Schlenzian, gegen die SED, gegen die Disziplin, wie die Bauleitung meint. Der Ingenieur und die Architektin gewinnen ihn aber im Laufe des Films soweit, daß Baller sogar in Vollkontaktschichten auf dem Bau einwilligt. Seine Verehrung für die Architektin bleibt vergeblich.

Der Film arbeitet stark mit der (berechtigten) Kritik, die SED solle aufhören, sich als moralische Instanz für private Affären ihrer Mitglieder aufzuführen, und greift die Scheinheiligkeit solcher „Kritiker“ an, die dargestellt werden als Leute, die in Wirklichkeit einfach die eigene Laufbahn fördern wollen. Das gefiel dem Publikum offensichtlich. Darin eingestreut ist das felsenfeste (Vor-)Urteil, Planwirtschaft sei zunächst einmal Desorganisation und Schlamperei, Fehlplanung usw. Mal fehlt das Holz, dann der Kies, dann sind die Bauzeichnungen falsch usw. Allen fehlen ordentliche Wohnungen. Irgendeinen erkennbaren Grund für diese den ganzen Film hindurch immer wiederholte Kritik an der DDR-Planwirtschaft sucht man freilich vergeblich. Die Kritik ist zudem auffällig eng: Sie argumentiert strikt aus der Sicht junger Leute mit gehobener Ausbildung, die anfangen zu arbeiten und Laufbahn machen wollen, eine eigene Wohnung suchen usw. An der Schichtarbeit beispielsweise übt der Film an keiner Stelle auch nur ein Wort Kritik. — (rül)

NACHRICHTEN- UND INFORMATIONSDIENST

NiD

GEGEN MILITARISMUS UND REPRESSION

Herausgeber: AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Redaktion: c/o GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5, Tel. 089/260 38 40

Ziele des Nachrichten- und Informationsdienstes sind:

- * Verbreitung unterdrückter Nachrichten aus den Bereichen Militarismus und Repression
- * Zusammenstellung veröffentlichter Meldungen * Debatte und Analysen

und Bewertung. Mitarbeit, auch das Schreiben von Meldungen vor Ort, ist erwünscht. Nur so entsteht ein umfassender Überblick. Post an die Redaktion. Der NiD erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis: 0,80 DM plus Versandpauschale von 1,00 DM. Die Auslieferung erfolgt gegebenenfalls mit anderen im GNN-Verlag erscheinenden Nachrichtenheften, die Versandpauschale wird nur einmal berechnet. Bestellungen an GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1 bzw. bei den regionalen GNN-Versandstellen.

Inhalt Nr. 10/90:

Hintergründe der Gefangenenvolten in Großbritannien Situation in der JVA Straubing

Inhalt Nr. 11/90:

- * Zentralisierung u. Entfesselung des BRD-Polizeiapparates
- * Bericht vom Prozeß gegen Luitgard Hornstein in Stuttgart

Inhalt Nr. 12/90:

- * Bericht von der Pressekonferenz beim BGH in Karlsruhe
- * Knastrevolte in Hamburg

Wer nicht lesen und schreiben kann, ist von vielen Tätigkeiten, die in einer kapitalistischen Gesellschaft als normal gelten, ausgeschlossen. Der Film „Stanley und Iris“, 1990 von Martin Ritt in den USA gedreht, stellt solche Probleme am Beispiel eines Arbeiters dar. Stanley, gespielt von Robert DeNiro, fährt mit dem Rad zur Arbeit, weil er keinen Führerschein machen kann. Beim Schuster muß er seine Schuhe fast mit Gewalt abholen, weil er den Schein nicht aufgehoben hat, aber den Empfang auch nicht durch Unterschrift quittieren kann. Seine Arbeit als Koch in einer Betriebskantine verliert er, weil der Manager behauptet, er sei ein Sicherheitsrisiko. Stanley zieht in eine Garage

„Abrahams Gold“: Es ist überall!

In diesem Film geht es um einen ehemaligen KZ-Schergen, der in Niederbayern ein scheinbar unbeanstandetes Leben als Gastwirt und Großvater führt. Bis zu dem Tag, an dem er nach Polen zum Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz fährt, um dort einen vor 45 Jahren versteckten Goldschatz zu bergen: Aus den Schänden der Opfer herausgebrochene Goldzähne. Sein Gehilfe bekommt erst Gewissensbisse, als er erfährt, daß er selbst Jude ist, seine vermeintliche Mutter hatte ihn damals zu ihrem Sohn erklärt und dadurch vor der Gestapo gerettet. Der Film zeigt gut, welche Geistesaltung den Faschismus ermöglicht hatte, zeigt auch, daß Faschismus immer noch gegenwärtig ist. So zwingt der ehemalige KZ-Scherge, der nichts bereut hat, seine Enkelin, den ehemaligen Kumpel, der jetzt seinen Beuteanteil nicht mehr haben will, als Verwaltung zu denunzieren. Die Pflegemutter sieht keinen Unterschied zwischen der früheren Gestapo und den Polizisten, die den Denunzierten holen. Opfer in dem Film sind allesamt die Antifaschisten, die Tochter des

Gastwirts führt ein zielloses Leben, sie weiß von der Vergangenheit ihres Vaters, die Enkelin verkraftet die Wahrheit nicht, der denunzierte Jude verliert sein angestammtes Zuhause, er will nicht mehr im Dorf bleiben. Der korrupte Bürgermeister, der den KZ-Schergen deckt, bleibt unbekämpft, ebenso der Scherge selbst, der wahrscheinlich weiter Pläne zur Umsetzung des geraubten Goldes schmiedet: einen Mercedes kaufen, im Ausland investieren. Es ist zu hoffen, daß der Film eher aufrüttelt, eben dadurch, daß die Antifaschisten alle scheitern. Perspektiven zeigt der Film nicht auf. Der Film beschränkt sich auf sein Thema, auf einzelne Menschen, die den Faschismus ermöglicht haben. läßt die Frage offen, wie viele KZ-Schergen sich heutzutage noch an der Beute von damals erfreuen können. Das ist dem Film hervorragend gelungen. Der Film deutet die Problematik an, die jetzt — auch nach 45 Jahren Niederschlagung des Hitlerfaschismus — immer noch besteht: Die meisten Mörder laufen unbehelligt herum, bestraft wurden nur ein paar Symbolfiguren.

Die Konzerne als eine wesentliche Ursache des Faschismus steigen zudem heute zu neuen Größen heran, das gehört allerdings nicht zum Film, zuviel Komplexität hätte ihn aber auch überladen. — (chl)



KZ-Wächter Hunzinger

Moffengriet: Reiner Soldat, keusche Maid

Unter dem Titel „Moffengriet — Liebe tut, was sie will“ zeigte das ARD-Fernsehen am 30. Mai eine Schnulze aus eigener, jüngster Produktion, geeignet, die Mär vom anständigen Soldaten, der gerne in den Krieg zog und die Grausamkeiten der Faschisten nicht verantwortete. Ein 18-jähriger Hitlerjunge und Abiturient, im Gegensatz zu seinem Vater vom Krieg begeistert und selbst 1943 noch überzeugt, daß das Dritte Reich ihn auch gewinnen werde, schlägt die Offizierslaufbahn ein — Eintritt als Unteroffizier, Offizierslehrgang in „Böhmen/Mähren“. Er ist ein „anständiger Deutscher“ — er hält z.B. die Zwangsverpflichtung von Zivilisten aus den Niederlanden im „Reich“ nicht für richtig. Das Bemühen seiner deutschen Verlobten, ihn am letzten Tag vor seinem Eintritt ins Militär zum Beischlaf zu ver-

führen, ekelt ihn. Zu Beginn seiner Dienstzeit wird er in den besetzten Niederlanden stationiert und verliebt sich dort in eine Einheimische. Annie, streng katholisch, verliebt sich ebenfalls in ihn, erhält sich aber trotz gemeinsamer Übernachtung die Jungfräulichkeit. Der Umstand ist für den Fortgang der Geschichte wichtig. Nach der Niederlage der deutschen Faschisten nämlich wird Annie, obwohl als „Moffengriet“ (Deutschenliebchen) bekannt, nach kurzer Zeit aus der Internierung entlassen, weil sie ihre Jungfernchaft nachweisen kann. Annie flieht ins zerstörte Deutschland zu ihrem heil heimgekehrten Geliebten, weil ihr in den Niederlanden wegen Kollaboration auf zehn Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte und der Paß aberkannt sind. Der hat sie auch eingeladen, denn in ihm ist der Ekel

Stanley und Iris: Film über den Kampf eines Analphabeten



Fahrradfahren, weil Führerschein für Analphabeten unerreichbar

um. Seinen Vater, den er liebt, muß er in ein staatliches Altersheim bringen. Er tut für ihn, was er kann. Trotzdem sieht der Zuschauer in einer Folge von kurzen Szenen, daß der Vater in diesem Heim einem schnellen Tod preisgegeben ist. Stanley denkt darüber nach und sieht den Zusammenhang dieses Unglücks mit seiner Unfähigkeit zu lesen.

Iris, dargestellt von Jane Fonda, arbeitet in derselben Backwarenfabrik. Sie bringt Stanley Lesen und Schreiben bei, als er sie darum bittet. Mehrmals gibt er auf, ist verbittert und gedemütigt. Durch diese Unterbrechungen wird auch die Entwicklung der Liebesgeschichte dieser beiden Personen kunstvoll verzögert, und so weit ist ihnen die Anteilnahme der Zuschauer sicher. Überladen wird die Geschichte jedoch, indem noch eine Vielzahl von Problemen in den Film gestopft wird, die im einzelnen den Lohnabhängigen passieren, aber doch nicht so geballt. U.a. war der erste Mann von Iris krank und wurde von ihr aufopfernd gepflegt. Ihre Tochter wird schwanger. Schwager und Schwester, bei denen Iris wohnen muß, streiten sich, weil er das Geld, das sie für neue Zahne gespart hat, vertrunken hat.

Eine Stärke des Films liegt in der nüchternen Schilderung der Arbeit in der Fabrik. Die Herstellung von Kuchen und Torten am Fließband verdichtet den Appetit auf diese Produkte. Druck und Antreiberei sind richtig darge-

„Cinema“ entdeckt sozialen Konflikt

„Kein Zweifel: Hollywood sucht nach neuen Konflikt-Konstellationen. Nachdem Straßengangs in allen Variationen ausgiebig duchgekaut wurden und der böse Russe endgültig ausgedient hat, experimentiert man mit neuen Feindbildern. Besonders bewährt hat sich dabei der Zusammenprall fremder Kulturen mit bornierten Rassisten.“

Dies stellt ein Redakteur der Filmzeitschrift „Cinema“ im Maiheft fest. Zwar kommt der Film „Ruf nach Vergeltung“, um den es dort gerade geht, wegen seiner Gewalttätigkeit nicht so gut weg. Für den Standpunkt aber, den „Cinema“ gegenüber der gegenwärtigen Filmproduktion einnimmt, ist der schnoddrige Ton typisch, der alles gelten läßt, was ein Geschäft verspricht: „„Cinema“ kochen sich hoch, Ehre und

Loyalität stehen gegen die unbarmherzigen Metropolen-Schurken.“

Mit solch einer Darstellung wird behauptet, daß die sozialen Gegensätze selbständige und tätige Mächte sind. Unangenehm sind sie alle, weil sie sich bloß gegenseitig hochschaukeln und zu Mord und Totschlag führen.

Im selben Tonfall bedauert „Cinema“, daß „die Deutschen“ dieses Jahr zu den Filmfestspielen in Cannes „kein bekanntes Zugpferd ins Rennen“ geschickt hätten. Die Zeitschrift vermisst Wim Wenders, Herzog und Konsorten. Da begnügt man sich mit Jörg Grasers Film „Abrahams Gold“. Kein Wort wird über den Inhalt geäußert, sondern bloß die Hoffnung, daß der Nachwuchs es demnächst bringt. — (anl)

stellen. Um so aufgesetzter wirkt der Schluß. Stanley macht eine Erfahrung. Und weil er inzwischen lese- und schreibkundig ist und nicht mehr übers Ohr gehauen

werden kann, bekommt er ein Patent, ein großes Auto, ein Büro, ein Haus für Iris, die Kinder und Enkel und behauptet: „Alles ist möglich!“ — (anl)